MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES

Nicht aufhören, verstehen zu wollen

Ein Gespräch mit Wolfgang Streeck über Erfahrungen, Enttäuschungen und Erwartungen

von Mathias Greffrath und Martin Höpner

„Nicht aufhören, verstehen zu wollen - ein Gespräch mit Wolfgang Streeck über Erfahrungen, Enttäuschungen und Erwartungen“ ist entstanden aus einem Interview, das der Journalist Matthias Greffrath und MPIfG-Forschungsgruppenleiter Martin Höpner mit Wolfgang Streeck aus Anlass seines 80. Geburtstags geführt haben. Das Interview fand am am 19. und 20. März 2026 statt.

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
Oktober 2026

MPIfG | Paulstr. 3 | 50676 Köln, Germany
info@mpifg.de | www.mpifg.de

Inhalt

Lehrjahre	3
Theorie und Geschichte	6
Arbeitssoziologie und Industriepolitik	9
Korporationen und Staat	16
Modernisierung, Globalisierung und die Krise kollektiver Organisationen	19
Wisconsin und das Erbe des New Deal	22
Bündnis für Arbeit und die Grenzen sozialdemokratischer Politikberatung	25
Gesellschaftsforschung	29
Theorie und Öffentlichkeiten	34
Individuen, Institutionen, Familien	36
Europa als Möchtegernstaat	39
Europa als Staatenverbund	42
Wie wird der Kapitalismus enden?	47

Nicht aufhören, verstehen zu wollen
Ein Gespräch mit Wolfgang Streeck über Erfahrungen, Enttäuschungen und Erwartungen

von Mathias Greffrath und Martin Höpner

Wolfgang Streeck, Jahrgang 1946, wird in diesem Jahr 80 Jahre alt. In den sechs Jahrzehnten seines wissenschaftlichen Lebens hat er vor allem über die Theorie der Gewerkschaften und der Verbände, über Arbeitsmärkte, den korporativen deutschen Kapitalismus, Berufsbildung und Industriepolitik geforscht. Seine wissenschaftlichen Stationen waren zunächst das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), von 1988 bis 1995 die University of Wisconsin-Madison, danach bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2014 die Direktion am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG). Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der Academia Europaea und der British Academy. Streeck war Berater von Gewerkschaften und Parteien, vor allem in der Arbeitsmarktpolitik.

In den letzten zwanzig Jahren hat er vorwiegend zu den Transformationen des Kapitalismus und dem Verhältnis von Globalisierung und Demokratie gearbeitet. Zwei große Monographien, Gekaufte Zeit *und* Zwischen Globalismus und Demokratie*, fanden international und weit über die Fachgrenzen hinaus starke Beachtung. Als „public intellectual" ist er, vor allem im angelsächsischen Bereich, in den Diskussionen über die gegenwärtigen Krisen und das „Ende des Kapitalismus" präsent.*

In diesem Gespräch, das wir am 19. und 20. März 2026 aus Anlass des bevorstehenden 80. Geburtstags geführt haben, möchten wir anhand einiger Stationen und wiederkehrender Themen in Streecks Arbeiten ein paar Stichworte zu einer vorläufigen Bilanz versammeln: über Soziologie als Wissenschaft und das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, über seine Forschungen zur Gewerkschaftsstrategie, seine Erfahrungen in der Politikberatung und die Zukunft der Soziologie als Fach. Dabei haben wir den Akzent auf prägende Erfahrungen der frühen Jahre und die empirischen und praxisnahen Arbeiten vor den großen Gesellschaftsanalysen der letzten Jahrzehnte gelegt. Diese Texte und eine immer noch wachsende Zahl von wissenschaftlichen Essays und politischen Interventionen zeugen von Streecks Fähigkeit zu weit ausgreifenden Analysen und nicht zuletzt seiner nicht nachlassenden Kraft zu ebenso brillanten wie leidenschaftlichen politischen Wortmeldungen, die eine anhaltende Diskussion über die Zukunft des Kapitalismus inspirieren.

Mathias Greffrath ist Journalist und Soziologe, er arbeitet für Zeitungen und Radio. Martin Höpner ist Forschungsgruppenleiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung mit der Spezialität „Vergleichende Politische Ökonomie" und „Europäische Integration"; er arbeitet seit 1999 eng mit Wolfgang Streeck zusammen.

Lehrjahre

Warum bist du Soziologe geworden?

Soziologie war ein Fach, das in den 60er-Jahren einen ungeheuren Zulauf hatte. Anfang der 60er-Jahre ist eigentlich allen in Deutschland klar gewesen, dass vieles an der Gesellschaft, so wie sie sich in Deutschland entwickelt hatte, umbaubedürftig war, in der Wirtschaft, in der Bildung usw., und vieles aus der Vergangenheit noch aufzuklären war. Dazu kam, aus Amerika herüberschwappend, diese Lebensstil-Revolution der jüngeren Generation, die sehr viel mit dem Widerstand gegen den Vietnamkrieg zu tun hatte. Ich war sehr früh ein politisches Kind. In der Familie lag das nicht. Aber da gab es einen Freund von mir, einen Klassenkameraden, der für ein Jahr in die Vereinigten Staaten an eine Highschool gegangen war. Bei mir war an so etwas nicht zu denken; das hätten sich meine Eltern nicht leisten können. Als er zurückkam, hat er mir von der Opposition gegen den Vietnamkrieg berichtet, von seinen Gasteltern und seinen Gastgeschwistern. Das war für mich eine sehr starke Erfahrung und hat meine Überlegung, was studiere ich jetzt, stark beeinflusst. Bis dahin hatte ich die Vorstellung, Byzantinistik wäre furchtbar interessant, auch Theologie kam mir interessant vor, aber dann bin ich bei dem gelandet, was im Rückblick beiden am ähnlichsten erscheinen könnte, nämlich Soziologie und Philosophie in Frankfurt.

Interessante Theorie zum Verhältnis der Disziplinen, aber wieso ausgerechnet die Kritische Theorie?

Zum einen war ich ja nicht völlig provinziell. Da gab es noch einen anderen Schulkameraden, dessen Vater war ein avantgardistischer Maler mit vielen Kontakten, auch internationalen. Da durfte ich manchmal zuhören und zugucken. Und da gab es vor allem das faktische Kulturzentrum der Stadt Siegen, eine Buchhandlung. Dort gab es kulturelle Veranstaltungen, Helmut Heißenbüttel hat da gelesen, Max Bense und andere.

Dazu kamen andere Erfahrungen. Einer meiner lebensgeschichtlich wichtigen Momente war ein Klassenbesuch bei den Opel-Werken in Rüsselsheim. Sie haben uns erlaubt, in die Gießerei zu gehen. Die war bei den damaligen Autofabriken immer im Keller. Es war dunkel, die Funken sprühten, halbnackte Männer trugen Kübel mit flüssigem Metall herum. Es war ein ungeheurer Dreck, ein ungeheurer Staub, und ich habe gedacht: Hier bin ich in der Hölle des Hephaistos gelandet – schließlich hatte ich ja eine altsprachliche Erziehung.

Eine andere bleibende Erinnerung: Als ich zehn oder zwölf Jahre alt war, wurden in Siegen die Eisenerzminen geschlossen. Es hat mich sehr berührt, wie am letzten Arbeitstag die Bergarbeiter in schwarzen Uniformen einen Trauermarsch durch die Stadt veranstalteten. Die hatten alle ihren Job verloren.

Durch solche Erfahrungen bin ich in diesem ja doch sehr konservativen Siegen sehr früh in gewerkschaftliche und sozialdemokratische Kreise hineingeraten, auch über eine Clique von Vertrauensleuten der IG Metall in dem örtlichen Stahlwerk. Mit denen kam ich ausgezeichnet zurecht, und die haben mich dann auch in die SPD aufgenommen, mit 16 oder 17. Das war damals ein revolutionärer Akt, den ich auch nicht verschwiegen habe, worauf die Lehrerkonferenz meiner Schule zusammentrat und sich über die Frage verständigen musste, ob ich als eingeschriebener Sozialdemokrat von der Schule verwiesen werden müsste.

All diese Erfahrungen haben eine Rolle dabei gespielt, dass ich, trotz des humanistischen Gymnasiums, etwas machen wollte, was mit Politik zu tun hatte. Insofern war die Kritische Theorie natürlich ein Fehler.

Dass du sagst, Frankfurt war ein Fehler, kommt jetzt überraschend. Was konnte in den 60er-Jahren spannender sein als Frankfurt? Frankfurt 1968, das war doch eine ungeheuer dichte Atmosphäre: die Studentenbewegung, Fritz Bauer bereitete den Auschwitz-Prozess vor, die Kritische Theorie erklärte die Welt. Das war doch für viele Studenten damals wie eine Erleuchtung. Wie konntest du den Sog dieser Theorie abwehren?

Ich hatte mir ja Soziologie vorgestellt als eine Wissenschaft, bei der man lernen kann, woher die Pathologien von modernen Gesellschaften kommen und wie man sie beheben kann. Die damaligen Frankfurter Professoren Horkheimer, Adorno und Habermas hatten mit sehr schwierigen philosophischen Problemen zu tun, die mich überhaupt nicht affizierten. Dazu kam: Ich war völlig universitätsfern aufgewachsen. Niemand in meiner Familie war jemals an einer Universität gewesen, sodass ich überhaupt nicht wusste, wie man sich da benimmt oder was man da macht. Und da ich zunächst auch keinen Studentenheimplatz gefunden hatte, war meine erste Unterkunft in Frankfurt in einem Heim für italienische Gastarbeiter. Da war ich der einzige Nicht-Gastarbeiter, und die Jungs haben sich darüber amüsiert, dass ich nicht einmal wusste, wie man Pasta kocht.

So habe ich damals vielleicht die Hälfte meiner Zeit an der Universität verbracht und die andere irgendwie in Partei- und Gewerkschaftskreisen rumgehangen, vor allen Dingen bei den Jungsozialisten und in der Zentrale der IG Metall. Die Ökosphäre der Frankfurter SPD damals war mindestens so interessant wie die Universität. Otto Brenner, genannt „der Eiserne Otto", war damals Chef der IG Metall. Er hatte nach dem Krieg dafür gesorgt, dass die IG Metall ein Ort war, wo Teile der linken deutschen Emigration und insbesondere auch der jüdischen Emigration eine neue Heimat finden konnten. Brenner hat viele von ihnen rekrutiert: Jakob Moneta, der aus Mexico City zurückkam, oder Josef Lang, der 1933 in letzter Minute aus Deutschland rausgekommen war und in New York einen Hemdenladen betrieben hatte, als Anlaufstelle für jüdische Flüchtlinge. Lang wurde für eine Weile mein politischer Mentor in der Frankfurter SPD. Jola, so wurde er genannt, hatte nie ein Amt, aber war praktisch die Graue Eminenz, quasi die Personalabteilung der Frankfurter SPD. Im Alltag war er Leiter der Bund-Buchhandlung in der Zentrale der IG Metall.

Jola wollte, dass ich irgendwas Politisches werde oder etwas in der IG Metall, aber wir haben uns dann gestritten, als die SPD 1966 in die Große Koalition eintrat. Ich war damals Jungsozialistenvorsitzender, und wir waren dagegen. Da hat er mich einbestellt in die Buchhandlung, abends, als die schon geschlossen war, und gesagt: „Pass mal auf, wenn ihr diesen Scheiß weitermacht, gegen diese Regierung, dann sind wir geschiedene Leute. Du musst dir mal klarmachen: Dieses hier ist unser Land, wir haben das als SPD mit aufgebaut, und wir werden jetzt nach dieser Großen Koalition die Mehrheit in diesem Land übernehmen." Das kam dann drei Jahre später ja auch so.

Zur Kritischen Theorie, an der Uni, hattest du kein Verhältnis?

Wie gesagt, mein Hauptleben war woanders, mit Leuten wie eben Jola, die alle eine ungeheure politische und soziale Erfahrung hatten, während unsere Professoren uns über ihre Zeit in Weimar und in der Emigration überhaupt nichts gesagt haben. Horkheimer und Adorno haben über ihre eigene Lebenserfahrung nie gesprochen. Im Gegenteil: Die versteckten ihre frühen Aufsätze in der Zeitschrift für Sozialforschung, ebenso wie die von Wittfogel oder Löwenthal. Insbesondere Horkheimer hat seine Aufsätze aus den 30er-Jahren damals verleugnet, vermutlich aus Angst, als Linksradikaler zu gelten, obwohl er es sehr schnell zum Rektor gebracht hatte. Dazu eine Anekdote: Als Ludwig von Friedeburg Kultusminister wurde und Erhard Denninger und Rudolf Wiethölter kommissarisch als Rektor und Prorektor einsetzte, habe ich für ein Jahr mein Studium unterbrochen, um als persönlicher Referent des Rektors an der Universitätsreform mitzuarbeiten. Ab und zu habe ich mich nach Dienstschluss im Rektoratsarchiv vergraben, um zu sehen, was es da so alles gab. Da habe ich einen Brief gefunden von Horkheimer, aus den 50er-Jahren, als er Rektor war, gerichtet an den amerikanischen Standortkommandanten, dem er mitteilte, dass der Student Hoffmann schon wieder kommunistische Flugblätter am Eingang der Universität verteilt hatte. Diether Hoffmann wurde später Chef der Bank für Gemeinwirtschaft. Die kritischen Theoretiker waren schon sehr gut eingebaut in den Transatlantizismus nach 1945.

Die Uni war also nicht mein einziges Leben, aber abgesehen davon fand ich es wunderbar, zu studieren. Ich habe das genossen und war am Ende, sagen wir mal bescheiden, einer der besseren Studenten. So konnte ich 1972 für zwei Jahre mit einem sehr luxuriös ausgestatteten Stipendium in die Vereinigten Staaten an die Columbia University in New York gehen.

Und warum bist du nicht in die Politik gegangen?

Ich habe mich das auch öfter gefragt, und die Entscheidung dagegen hat eine Weile gedauert. 1973 kam Hans Matthöfer, den ich aus der IG Metall und der SPD gut kannte, nach New York zu einem Besuch bei der UNO und hat mich gefragt, ob ich sein persönlicher Referent werden wollte. Matthöfer wurde kurz darauf Forschungsminister und später Finanzminister unter Helmut Schmidt. Soweit ich mich erinnere, hätte ich gleich mitkommen müssen, aber dazu fand ich das Leben und Studieren in New York

doch zu interessant. Matthöfer habe ich damals gesagt, dass es jetzt eine mathematische Technik gibt, multiple Regression genannt, mit der man beispielsweise herausfinden kann, welches Land seine Gesundheitsausgaben am effektivsten einsetzt, um die Gesundheit seiner Bürger zu verbessern. Matthöfer hielt das für Unfug, und das war nicht ganz falsch. Aber im Grunde war mir schon vorher klar, dass ich erst mal was anderes machen wollte. Es gab da einen Moment in einer Sitzung des Bezirksvorstands der südhessischen SPD: Ich sollte irgendwas, das die Jusos gemacht hatten, verteidigen gegenüber dem Ministerpräsidenten Albert Osswald. Es gab eine ziemlich laute Auseinandersetzung. Als die Sitzung zu Ende war, kam der zu mir rüber und sagte: „Sag mal, wann machst denn du eigentlich deinen Abschluss? Ich brauche noch jemanden." Das war mir so krass, dass jemand, mit dem ich wirklich zusammengestoßen war, wobei er nicht gut aussah, anschließend sagte: „Das ist mir egal, den kann ich gebrauchen." Damals kannte ich Groucho Marx noch nicht, den lernte ich wie so vieles erst in New York kennen, aber ich hatte genau das Gefühl, das er so unübertrefflich formuliert hat: „I don't want to belong to a club that wants me as a member." Also habe ich entschieden: Ich muss erst mal was Ordentliches lernen.

Theorie und Geschichte

Du warst dann in New York Forschungsassistent von Amitai Etzioni. Wie kam das?

Zunächst war ich ja Graduate Student am Soziologie-Department, nachdem ich in Deutschland noch mein Diplom erworben hatte. Etzioni bot mir dann an, an der zweiten Auflage seiner *Comparative Analysis of Complex Organizations* mitzuarbeiten. Etzioni war einer der Anführer der akademischen Opposition gegen den Vietnamkrieg. Indirekt in Kontakt mit ihm war ich schon in Frankfurt gekommen über sein Buch *The Active Society* von 1968. Bei den kritischen Theoretikern hat es niemanden interessiert, aber Wolfgang Zapf, Soziologe in der WiSo-Fakultät – die Kritische Theorie war in der Philosophischen Fakultät angesiedelt –, hat darüber ein ganzes Seminar abgehalten. In den Sitzungen haben wir das Buch von Kapitel zu Kapitel gelesen und dabei viel gelernt. *Active Society* war ein Versuch, aus der Systemtheorie von Talcott Parsons eine System*bewegungs*theorie zu machen. In der Parsons'schen Theorie sind Gesellschaften selbstregulierende Systeme, die auf einen Gleichgewichtszustand hinstreben; Systemfunktionalismus hieß das. Etzioni hat darauf bestanden, dass Gesellschaften zunächst über sich selber Bescheid wissen müssen, damit sie sich zu einem Gegenstand aktiver Selbstgestaltung machen können, um handlungsfähig zu sein – eigentlich sehr marxistisch, oder gar hegelianisch, aber das interessierte Etzioni überhaupt nicht. *Active Society* handelt sehr detailliert und praktisch davon, wie zeitgenössische demokratische Gesellschaften die Fähigkeit erwerben können, sich selbst nach einem kollektiven Willen neu zu gestalten. Eine im Prinzip sehr sozialdemokratische Idee, so kam mir das jedenfalls vor.

Das hing sicher auch mit Etzionis Herkunft und seiner Jugend zusammen. Er war Kommunitarist beziehungsweise bekannte sich später in seinem Leben als solcher. 1929 als Sohn jüdischer Eltern unter einem deutschen Namen in Köln geboren, wurde er Ende der 1930er-Jahre rechtzeitig nach England außer Landes gebracht und wuchs dann in einem israelischen Kibbuz auf. Nach einigen Umwegen – Soziologiestudium in Jerusalem bei Martin Buber – gelangte er als junger Mann in die USA nach Berkeley, wo er seine Dissertation über das Leben in einem Kibbuz schrieb. Man kann wohl sagen, dass er von der Parsons'schen Integrationstheorie fasziniert war; man kann auch sagen: von der Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft, oder auch Gemeinschaft und Gesellschaft. Von dieser ausgehend hat er das politische Problem verstanden, dass eine Gesellschaft nicht von alleine integriert wird, sondern dass es dazu einer kollektiven politischen Anstrengung bedarf. Als ich als Student in Columbia ankam, bin ich gleich zu Etzioni hin und habe gesagt, dass meine Frau und ich dabei sind, sein Buch zu übersetzen. Damals glaubte ich noch, dass man große soziologische Theorie mit dem praktischen Impuls einer aktiven Gesellschaftsgestaltung verbinden kann. Meine persönliche Affinität zu Etzioni hatte im Übrigen auch damit zu tun, dass er genau wie ich hin- und hergerissen war zwischen einem praktischen und einem wissenschaftlichen Leben. Etzioni war eine Art von Universalgenie; er konnte sich für alles interessieren und vor allem über alles ein Buch schreiben.

Soziologie war ja damals sozusagen die säkulare faustische Disziplin für alle, die wissen wollten, was die Welt im Innersten zusammenhält. Von wem hast du am meisten gelernt in deiner Biografie?

Also, ich war nie ein Schüler von irgendjemandem, da blieb immer eine Distanz. Ich konnte mich auch persönlich nicht abhängig machen von irgendeinem Doktor- oder Habilitationsvater. Später habe ich dementsprechend meine Studenten immer so behandelt, dass die nicht das Gefühl hatten, ich würde ihnen irgendwas aufzwingen. Von Etzioni habe ich trotzdem sehr viel gelernt. Besonders beeindruckend fand ich den Versuch, die unterschiedlichen Strömungen der großen soziologischen Theorie unter einen Hut zu bringen und so etwas wie eine synthetische Theorie gesellschaftlicher Entwicklung zu machen. Das Problem bei ihm war nur: Er hatte damals von Ökonomie keine Ahnung, weil er genau dasselbe gemacht hat wie die Frankfurter Schule der Nachkriegszeit, nämlich die Ökonomie von der Gesellschaftstheorie abzutrennen. In der *Active Society* gibt es eine Stelle, wo es heißt, über den Kapitalismus müssen wir uns keine Sorgen mehr machen, seit Keynes uns beigebracht hat, wie man die Wirtschaft staatlich lenkt und am Laufen hält. Und das war mir schon damals klar: So geht das nicht. Später in seinem Leben ist Etzioni hier übrigens umgeschwenkt; siehe sein letztes großes Theorie-Buch, *The Moral Dimension: Toward a New Economics*, erschienen 1988.

Ist es für Soziologen ein Fehler, Marx zu vergessen?

Aber ja, und das ist mir mit fortschreitender Zeit immer klarer geworden. Eigentlich kann man ohne sein Erbe, kreativ anverwandelt, keine Gesellschaftstheorie entwickeln.

Kriegt eigentlich, wer heute Soziologie studiert, diese ganze Vorgeschichte der Theoriebildung überhaupt noch mit?

Überhaupt nicht, und das schadet der Disziplin, deshalb ist sie so flach geworden. Wenn du bis in die 60er-Jahre hinein in Deutschland Soziologie studiertest, bei Adorno oder bei den Konservativen, wie zum Beispiel Arnold Gehlen, dann war die Geschichte der Theorie, sagen wir mal: von Saint-Simon bis Weber, immer präsent, wenn auch nicht notwendig die Geschichte ihres Gegenstands. Ohne den Rückblick auf den historischen Verlauf, der zu dem geführt hat, was man heute denkt, ist man ein armer Mann. Zum Beispiel ist die amerikanische Soziologie der 50er-Jahre ohne den Zusammenbruch Deutschlands 1933 und die Emigration überhaupt nicht zu verstehen. Die Emigranten brachten nicht nur die philosophische und sozialwissenschaftliche Tradition mit, sondern vor allem Erfahrungen über das Verhältnis von Macht, Legalität, überhaupt: was ein Staat ist. Da ist überall Carl Schmitt im Hintergrund, oder die deutschen Arbeitsrechtler, aus denen in der Nachkriegszeit Pioniere der Politikwissenschaft wurden, Franz Neumann und Otto Kirchheimer etwa, die alle aus diesem Kampf um die Weimarer Republik kamen.

Könnte man sagen, dass die Parsons'sche Systemtheorie auch auf der Illusion beruhte, dass das Ende der Geschichte erreicht sei?

Ja, das trifft den Punkt ziemlich genau. Das „Ende der Geschichte" war damals der Sieg Amerikas im Zweiten Weltkrieg. Viele glaubten, es gebe nun außerhalb der USA nur noch die Sowjetunion als Gegenmodell, und selbst dieser Gegensatz werde sich allmählich auflösen. Dafür stand die Konvergenztheorie, wie sie etwa in *Industrialism and Industrial Man* von Kerr, Dunlop, Harbison und Myers formuliert wurde. Der Westen werde etwas mehr Planung übernehmen, die Sowjetunion etwas mehr Markt zulassen, aber letztlich würden beide Systeme in einer einheitlichen Industriegesellschaft zusammenlaufen. Der Begriff der Industriegesellschaft beinhaltete zugleich, dass sich moderne Gesellschaften primär durch Arbeit reproduzieren und nicht durch Gewalt. Von Sklaverei oder Imperialismus war kaum noch die Rede.

Meiner heutigen Ansicht nach gehörten Marxisten wie Paul Baran und Paul Sweezy zu den wenigen, die in der Nachkriegszeit wirklich verstanden hatten, was in der Welt vor sich ging. Sie behielten die globalen Macht- und Ausbeutungsverhältnisse im Blick, während viele andere sie aus ihren Analysen ausblendeten.

Eine kleine Ergänzung zu deiner Kritik an der Geschichtsvergessenheit der Soziologie: In den Wirtschaftswissenschaften scheint dieses Problem heute noch ausgeprägter zu sein. Die Modelle gelten dort oft als so selbstverständlich, dass ihre historische Entstehung kaum noch reflektiert wird. Wer als Nachwuchswissenschaftler weiß, wann und warum die neoklassische Synthese entstand oder weshalb sich davon ein Postkeynesianismus abgespalten hat, ist häufig eher Soziologe als Ökonom.

Dass Soziologen manchmal über die Ökonomie Dinge wissen, die Ökonomen nicht wissen, kommt durchaus vor. Gleichzeitig erlebe ich aber auch viele Studenten der Soziologie, die überrascht reagieren, wenn man ihnen erklärt, dass es Konflikt- und Integrationstheorien gibt und innerhalb beider Traditionen wiederum sehr unterschiedliche Strömungen. Dann kommt oft die erstaunliche Frage: Warum soll man eigentlich Weber lesen? Dazu kommt: Wer sich ernsthaft mit Weber beschäftigt, muss mehr leisten, als nur seine Texte zu lesen. Ohne Theoriegeschichte bleibt das Verständnis unvollständig. Man muss wissen, in welcher historischen Situation Weber seine Überlegungen entwickelt hat, aus welcher Konstellation des Deutschen Kaiserreichs heraus er argumentierte und welche Probleme seiner Zeit er zu erklären versuchte. Überspitzt gesagt: Wenn wir Soziologie auf höchstem Niveau betreiben wollen, dann ist das auf seine Art nicht weniger schwierig als Astrophysik. Wir müssen die historischen Entwicklungen kennen, aus denen unser Wissen hervorgegangen ist. Wir müssen Historiker sein und zugleich die Geschichte der Theorien verstehen, die wir verwenden. Wir müssen wissen, unter welchen Bedingungen sie entstanden sind und wie sie den jeweiligen Stand gesellschaftlicher Entwicklung widerspiegeln.

Soziologen haben es immer mit der eigentümlichen Verschränkung von Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft zu tun. Gesellschaften entwickeln Vorstellungen über sich selbst, über ihre Herkunft und über ihre möglichen Zukünfte. Diese Ebenen müssen wir gleichzeitig denken können. Schon deshalb sollte man verstehen, warum Theoriegeschichte unverzichtbar ist und warum sie nur im Zusammenhang mit der Realgeschichte verständlich wird. Ich muss allerdings hinzufügen, dass ich selber zu dieser Einsicht erst spät gelangt bin. Bis in die 80er-Jahre, wenn nicht länger, habe ich noch weitgehend mit funktionalistischen Modellen gearbeitet.

Arbeitssoziologie und Industriepolitik

Wann hast du begonnen, Länder systematisch miteinander zu vergleichen und Phänomene wie das „deutsche Modell", den Korporatismus, die Arbeitsorganisation oder die Industriepolitik international zu untersuchen?

Ich kehrte 1974 aus New York zurück, verbrachte zunächst zwei Jahre in Münster an der Universität und wechselte 1976 an das Wissenschaftszentrum Berlin. Dort entstand meine erste größere komparative Studie. Sie untersuchte Gewerkschaftsstrukturen und Arbeitspraktiken in zwei Ländern, Deutschland und Großbritannien, am Beispiel der Automobilindustrie und der Eisenbahnen.

Die Ergebnisse waren aufschlussreich. Auf der Makroebene schien die Situation zunächst ähnlich: In beiden Ländern gab es Gewerkschaften. Betrachtete man jedoch die konkrete Organisation der Interessenvertretung, zeigten sich erhebliche Unterschiede.

Industriegewerkschaften, wie in Deutschland, die für sämtliche Beschäftigtengruppen verhandeln, können sich unter bestimmten Bedingungen etwa auf Lohnzurückhaltung einlassen, wenn sie dafür politische Gegenleistungen erhalten. Ist die Interessenvertretung hingegen stark fragmentiert, wie damals in der britischen Automobilindustrie, versucht jede Berufsgruppe für sich das Maximum herauszuholen. Das aggregierte Ergebnis solcher Strukturen ist häufig höhere Inflation und geringere Produktivität, wie in Großbritannien der 1970er-Jahre, mit der längerfristigen Folge eines Machtverlusts der Gewerkschaften.

Damals stieß ich erstmals auf Mancur Olsons Theorie kollektiven Handelns und auf seine Unterscheidung zwischen umfassender und fragmentierter Interessenorganisation. Gleichzeitig bot die Automobilindustrie die Möglichkeit, sehr unterschiedliche Formen der Arbeitsorganisation zu untersuchen. Zu dieser Zeit rückte auch Japan zunehmend in den Blick. Dabei zeigte sich, dass die jeweiligen Produktionsmodelle zwar kulturelle Wurzeln hatten, zugleich aber unter dem Druck der Weltmärkte in Bewegung gerieten. Die internationale Konkurrenz zwang alle Länder dazu, ihre vorhandenen kulturellen, bildungspolitischen und organisatorischen Ressourcen neu zu mobilisieren. Daraus entstand die Frage, wie sich „Wettbewerbsfähigkeit" sichern lässt, ohne die gesellschaftlichen Grundlagen eines Landes zu zerstören. Und genau aus diesen Anpassungsprozessen gingen wiederum neue Unterschiede hervor. Die Globalisierung führte also keineswegs zu einer Vereinheitlichung der Arbeitsorganisation. Sie erzeugte vielmehr neue Formen der Differenzierung.

Aus der Perspektive großer Gesellschaftstheorien ebenso wie der Politischen Ökonomie könnte man die Unterschiede zwischen Deutschland, Frankreich, Schweden oder den Niederlanden schließlich auch für bloße Oberflächenphänomene halten. Warum sollte man ihnen besondere Aufmerksamkeit schenken? Worin liegt der theoretische Gewinn der Komparatistik?

Was du ansprichst, ist letztlich das Verhältnis von Universalität und Besonderheit, oder, wenn man so will, von Globalem und Lokalem. Diese Spannung, die in der deutschen Philosophie auch als Dialektik von Allgemeinem und Besonderem bezeichnet wird, ist nicht nur ein philosophisches Problem. Soziologisch betrachtet gehört sie geradezu zur Conditio humana. Die Frage, wie Individualität und Gesellschaft miteinander vereinbar sind, lässt sich nicht konfliktfrei beantworten. Anders als Parsons annahm, beruht gesellschaftliche Ordnung nicht einfach auf geteilten oder komplementären Werten. Der Mensch ist zwar auf soziale Integration angewiesen, doch die individuelle Freiheit gegenüber den Ansprüchen des Allgemeinen zu bewahren, bleibt stets schwierig. Umgekehrt gilt dasselbe für die Gesellschaft: Auch die Integrität des Allgemeinen gegenüber individuellen Interessen und Egoismen muss immer wieder neu hergestellt werden. Vielleicht ist das sogar das zentrale Thema der Soziologie.

Zugleich ist es ein historisches Thema.

Man muss verstehen, wie sich im Übergang zur modernen Industriegesellschaft das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft verändert. Betrachtet man etwa das 19. Jahrhundert, so erkennt man, dass in vielen industrialisierten Ländern nahezu gleichzeitig große Streikbewegungen entstehen – jeweils in sehr unterschiedlichen Formen. Warum geschieht das? Die Dialektik von Einheitlichkeit und Unterschiedlichkeit entfaltet sich historisch, nicht gradlinig, sondern widersprüchlich und konflikthaft.

Das lässt sich auch gegenwärtig beobachten. Wenn sich heute innerhalb der Europäischen Union zunehmend Widerstand gegen weitere Vereinheitlichung formiert und lokale oder nationale Besonderheiten stärker betont werden, dann kann man das als Ausdruck eines allgemeinen Wechselspiels von Integration und Differenzierung verstehen. Wer diese Dialektik begreift, erkennt auch, dass mehr Integration nicht automatisch zu mehr Einheit führt. Im Gegenteil: Je stärker integrierte Strukturen werden, desto mehr Differenzierung entsteht häufig innerhalb dieser Strukturen. Menschen suchen unter dem Dach großer politischer oder wirtschaftlicher Ordnungen nach kleineren Einheiten, in denen Vertrauen entstehen kann. Ein Däne vertraut einem ihm unbekannten Dänen in der Regel mehr als einem ihm unbekannten Afghanen. Das ist keine moralische Aussage, sondern eine soziologische Beobachtung darüber, wie Zugehörigkeit und Vertrauen entstehen.

Eine handlungsfähige Gesellschaft – so hast du Etzioni paraphrasiert – entsteht nicht von selbst, sondern erfordert gestaltende Politik. Es müssen viele Räder gedreht werden, damit der Laden funktioniert, weil er nicht von selbst funktioniert, wie die Modelle von Parsons und Luhmann annehmen. Kannst du Etappen angeben bei deiner Beschäftigung mit Steuerungstheorie? Das fängt ja an mit Gewerkschaften, geht über zu Verbänden und anderen Korporationen. Wie weitet sich das dann aus und wie landet dieser Bogen dann beim Modell Deutschland?

Die Beschäftigung mit Steuerung berührt eine ganze Reihe von Theoriegebieten, die meist getrennt voneinander behandelt werden: Demokratietheorie, Parteientheorie, Verbändeforschung, Arbeitssoziologie. Im Kern versuchten wir damals zu verstehen, welche Rolle jene kollektiven, substaatlichen, aber zugleich überindividuellen Ordnungsmechanismen für moderne Gesellschaften spielen.

Aus meinen Studien über Gewerkschaften in Großbritannien hatte ich den Schluss gezogen, dass starke Gewerkschaften keineswegs nur Partikularinteressen vertreten.[1] Wenn sie über entsprechende Selbstregulierungskapazitäten verfügen und nicht permanent von inneren Konflikten zerrissen werden, können sie sowohl die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder verbessern als auch zur Befriedung gesellschaftlicher Konflikte auf eine gesellschaftsdienliche, nicht nur kapitaldienliche Weise beitragen.

1 „Competition and Monopoly in Interest Representation: A Comparative Analysis of Trade Union Structure in the Railway Industries of Great Britain and West Germany (mit Peter Seglow und Pat Wallace)." *Organization Studies* 2 (4): 307–30 (1981).

Damals begann meine Zusammenarbeit mit Philippe Schmitter am Wissenschaftszentrum Berlin und am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, wo ich 1984/85 ein Jahr als Gast verbringen konnte. Gemeinsam mit Gerhard Lehmbruch hatte Schmitter an einer Theorie des liberalen Korporatismus gearbeitet. Zusammen konzipierten wir eine große international vergleichende Studie über Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände und arbeiteten an einer Theorie intermediärer Organisationen, also Organisationen, die zwischen Individuum und Staat angesiedelt sind, als gesellschaftliche Ordnungsträger.[2] Ein entscheidender Unterschied bestand dabei zwischen liberalem und autoritärem Korporatismus. Im liberalen Korporatismus geht es nicht um staatlichen Zwang, sondern um organisierte Aushandlungsprozesse.

Aus dieser Perspektive ergab sich dann unter anderem die Frage, wie gewerkschaftliche Verhandlungsmacht mit gesamtwirtschaftlicher Produktivität verbunden werden kann. Wie kann eine Gewerkschaft einer Regierung glaubhaft zusichern, dass sie keine inflationäre Lohnpolitik betreibt, wenn sie im Gegenzug politische Zugeständnisse erhält? Damals sprach man von *political exchange*: einem politischen Tauschverhältnis zwischen Staat, Gewerkschaften und organisierten Arbeitgebern. In diesem theoretischen Umfeld verdichtete sich das zunehmend zu der Frage, was sich daraus von und für Deutschland lernen ließ.

Eigentlich eine theoretische Entwicklung, die fast parallel zur politischen Entwicklung nach dem Godesberger Parteitag läuft: Unterhalb des Klassengegensatzes strukturieren die sozialliberale Koalition, Gewerkschaften, Verbände und Interessenzusammenschlüsse die Gesellschaft. Ein fein gegliedertes Ganzes mit vielen Zahnrädern, die ineinandergreifen müssen. Und das Ganze nennen wir dann „Modell Deutschland".

Natürlich war das die Theorie dafür. Niemand lebt außerhalb der politischen Entwicklung. Bei der Erneuerung der Theorie der Industriegesellschaft spielte für mich immer auch die Frage eine Rolle, auf welchen Grundlagen sich eine sozialdemokratische Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik aufbauen ließe. Der Begriff „Modell Deutschland" war damals nicht nur eine wissenschaftliche Kategorie, sondern zugleich ein politisches Projekt. Er wurde als Gegenentwurf zum aufkommenden Thatcherismus verstanden – ein arbeitsorientierter, nicht kapitalorientierter oder kapitaldominierter moderner Kapitalismus als reformistische sozialdemokratische Utopie. Dabei war unser Argument, dass ein solches Modell starke Zwischenebenen benötigt. Staat und Markt allein reichen nicht aus. Man braucht Institutionen, die Interessen bündeln, Konflikte im Sinne von gemeinsamen Interessen regulieren und langfristige Perspektiven ermöglichen.

Dabei spielte für den deutschen Fall eine Rolle, dass dort damals die berufliche Bildung besser funktionierte als in vielen anderen Ländern, insbesondere besser als in den

2 „Community, Market, State – and Associations? The Prospective Contribution of Interest Governance to Social Order." In *Private Interest Government: Beyond Market and State,* hrsg. von Wolfgang Streeck und Philippe C. Schmitter. London: Sage, 1985. Auch in: *European Sociological Review* 1 (2): 119–38 (1985).

Vereinigten Staaten. Das deutsche System der Ausbildung beruflicher Qualifikationen gehörte deshalb schon früh zu meinen zentralen Themen.[3] Die Frage war: Wie kann die Produktivität der Arbeit so gesteigert werden, dass Arbeitnehmer entweder weniger arbeiten oder auch für sich mehr Wohlstand erzeugen können? Das führt über den klassischen Nullsummenkonflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinaus. Man gelangt zu der Überlegung, wie Unternehmen dazu gebracht werden können, Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln, die so produktiv sind, dass sie hohe Löhne und starke Gewerkschaften zulassen können.

Das heißt, mit anderen Worten, die Produkte müssen so komplex sein, dass sie hochqualifizierte Arbeitskräfte erfordern, was dann wiederum die Arbeiterschaft als Ganzes stark macht.

Ja, so ist es.

Wenn man das als Kapitalist kommen sieht, ist man nicht so erfreut.

Natürlich. Deshalb sind viele Unternehmen später auch ausgewichen. In den 80er-Jahren funktionierte dieses Modell noch ausgesprochen gut, weil die Unternehmen kaum Ausweichmöglichkeiten hatten. Für einen von Peter Katzenstein herausgegebenen Sammelband habe ich damals eine Studie über die deutsche Automobilindustrie durchgeführt. Wir konnten zeigen, wie sehr die Unternehmen wegen ihrer Produktpalette auf die Qualifikationen deutscher Arbeitskräfte angewiesen waren. Nach 1990 änderte sich die Situation grundlegend. Neue Technologien und die Öffnung Osteuropas ermöglichten es, Produktionsstandorte etwa nach Ungarn zu verlagern. Dort erreichte man mit deutlich niedrigeren Löhnen nahezu dieselbe Produktivität wie in Deutschland.

Wie greifen da die Kapitalverwertungsinteressen und die technologische Entwicklung ineinander? Sind das bewusste Strategien: Wir müssen die Gewerkschaften kleinhalten und deshalb erfinden wir jetzt mal eine Maschine, mit der die Arbeiter nur halb so qualifiziert sein müssen?

Ja, natürlich, solche Überlegungen spielen immer eine Rolle. Unternehmen arbeiten ständig daran, Produktionsprozesse so zu optimieren, dass sie weniger abhängig von qualifizierten, deshalb teuren und selbstbewussteren Arbeitskräften werden.

Am Wissenschaftszentrum in den 1980er-Jahren hat vor allem Arndt Sorge vergleichende Untersuchungen über unterschiedliche Formen der Arbeitsorganisation in Reaktion auf neue, computernumerisch gesteuerte Technologien der Metallverarbeitung durchgeführt – in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und anderen Ländern. Dabei zeigte sich, dass die verschiedenen nationalen Produktionssysteme ganz unter-

3 „Skills and the Limits of Neo-Liberalism: The Enterprise of the Future as a Place of Learning." *Work, Employment and Society* 3 (1): 89–104 (1989).

schiedliche Antworten auf dieselben wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen entwickelten. In Deutschland gab es vergleichsweise wenig Management und dafür hochqualifizierte Arbeiter. In den Vereinigten Staaten versuchte man, Arbeitskräfte durch technische Systeme zu ersetzen und die Fabrik möglichst weitgehend zu automatisieren. In Japan wiederum investierte man, ähnlich wie in Deutschland, stark in die Qualifikation der Beschäftigten. In beiden Ländern wurde angestrebt, dass Arbeiter ihre Maschinen selbst programmieren, überwachen und Fehler eigenständig beheben konnten. Diese Unterschiede waren keineswegs nur kultureller Natur. Hinter ihnen standen verschiedene Machtverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer – in Japan das von den Betriebsgewerkschaften leidenschaftlich verteidigte System der lebenslangen Beschäftigung.

Von heute aus gesehen, waren das Sternstunden der Wirtschaftssoziologie.

Ja, durchaus, als Erweiterung der klassischen Betriebssoziologie. Der Begriff „Wirtschaftssoziologie" kam erst Jahre später auf. Gemeinsam mit Kollegen haben wir damals versucht zu zeigen, dass die übliche Kausalkette zwischen Produktions- und Produktpolitik des angelsächsischen Kapitalismus keineswegs alternativlos ist. In ihrer klassischen Form verläuft diese Kette vom Produktmarkt über den Wettbewerbsdruck zur Konstruktion und Produktion und schließlich bis hinunter zum Arbeiter, der am Ende möglichst kostengünstig eingesetzt werden soll. Die Anforderungen des Marktes bestimmen alles Weitere.

Wir haben jedoch argumentiert, dass sich die Kausalkette auch umkehren lässt.[4] Man kann sich ein Produktionssystem vorstellen und es in Ansätzen beobachten, in dem zunächst ein bestimmtes Lohnniveau und ein bestimmter Qualifikationsstandard festgelegt werden, „sozialpartnerschaftlich" oder politisch. Diese Standards werden nicht als Ergebnis des Marktes betrachtet, sondern als gesellschaftliche Vorgaben. Unternehmen müssen dann Wege finden, unter diesen Bedingungen erfolgreich zu produzieren. In einem solchen Modell entsteht eine Arbeitnehmerschaft, die den Unternehmen signalisiert: Wenn ihr mit uns produzieren wollt, hat das seinen Preis. Unsere Qualifikationen und unsere Arbeitskraft stehen nicht beliebig billig zur Disposition. Dadurch entsteht für die Unternehmen ein Anreiz, anspruchsvollere Produktionsverfahren und technologisch hochwertigere Produkte zu entwickeln. Erst diese ermöglichen es wiederum, die höheren Löhne und besseren Arbeitsbedingungen zu bezahlen.

Wir haben versucht zu zeigen, dass sich damit die gesamte Logik der industriellen Entwicklung verändert. Die vermeintliche Sachlogik des Marktes erweist sich als Ergebnis bestimmter Machtverhältnisse. Verändert man diese Machtverhältnisse, verändert sich auch die Richtung der technologischen Entwicklung. Bis in die frühen 90er-Jahre hinein haben wir versucht, dieses Modell zu propagieren, unter anderem gemeinsam mit dem

4 „Industrial Relations and Technical Change: The Case for an Extended Perspective (mit Arndt Sorge)." In *New Technology and Industrial Relations,* hrsg. von Richard Hyman und Wolfgang Streeck, 19–47. Oxford: Basil Blackwell, 1988.

ehemaligen wirtschaftspolitischen Berater von Bruno Kreisky, Egon Matzner, der Mitte der 1980er-Jahre als Nachfolger von Fritz Scharpf Institutsdirektor am WZB wurde.

Diese Zusammenhänge zu formulieren, im Hinblick auf eine transformative Praxis, das war damals eine theoretische Innovation.

Ja, diesen Anspruch erhoben wir durchaus. Allerdings gilt auch hier Hegels Bild von der Eule der Minerva, die ihren Flug bekanntlich erst in der Dämmerung beginnt. Als wir diese Zusammenhänge theoretisch beschrieben, neigte sich die historische Phase, in der die Theorie hätte praktisch werden können, bereits ihrem Ende entgegen.

Ein Symptom dafür war für uns die Volkswagenkrise der 70er-Jahre, mit der ich mich unter anderem im Rahmen einer Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT) mit dem Titel *The Future of the Automobile* beschäftigt hatte. Um 1970 hatte der Käfer als Produkt ausgedient. Die Frage lautete nun, welche Produktstrategie Volkswagen künftig verfolgen sollte. Als Antwort schälte sich heraus, dass dabei Audi, ein sehr eigenwilliger Bestandteil des Konzerns, eine Führungsrolle übernehmen sollte, und zwar weil Audi intern als technisch besonders fortschrittlich oder gar avantgardistisch galt.

Es war interessanterweise der baden-württembergische Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler – über das dort ansässige Werk Neckarsulm auch Mitglied des Audi-Aufsichtsrats –, dem nachgesagt wurde, dass er besonders nachdrücklich darauf drängte, Audi technologisch neu auszurichten. Wenn die Marke eine Zukunft haben solle, müsse sie an die Spitze der technischen Entwicklung gelangen. So kam es unter anderem zum Audi Quattro, der weit mehr war als ein Fahrzeug mit Allradantrieb. Er verkörperte eine neue technologische Strategie und wurde zum Ausgangspunkt einer Markenpolitik, die um den Slogan „Vorsprung durch Technik" herum organisiert war – ein Slogan, der auch im Ausland auf Deutsch verwendet wurde und das Image auch des VW-Konzerns als Massenproduzent billiger Kleinwagen radikal änderte.

Zwei Begriffe, die wir in diesem Zusammenhang geprägt haben, wurden in den Folgejahren häufiger zitiert. Der eine, „diversifizierte Qualitätsproduktion", sollte als Gegenpol zu standardisierter Massenproduktion eine Produktstrategie beschreiben, die hohe Löhne und gute Arbeitsbedingungen in reifen Industrieländern tragen konnte.[5] Der andere, auf Englisch „beneficial constraint", auf Deutsch vielleicht am besten „heilsamer Zwang", sollte darauf verweisen, dass institutionelle Beschränkungen zugunsten der Arbeitskraft nicht notwendig wirtschaftlich schädlich sein müssen, sondern im Gegenteil auch für betroffene Unternehmen günstig sein und die kreative Fantasie des Kapitals anregen können, solange alternative Wege in eine Upmarket- oder High-Road-Produktstrategie offenbleiben.[6]

---

5 „On the Institutional Conditions of Diversified Quality Production." In *Beyond Keynesianism: The Socio-Economics of Production and Employment,* hrsg. von Egon Matzner und Wolfgang Streeck, 21–61. London: Edward Elgar, 1991.

6 „Beneficial Constraints: On the Economic Limits of Rational Voluntarism." In *Contemporary*

Man könnte auch sagen: Ihr habt die Unternehmensstrategie vom Kopf auf die Füße gestellt: Gebrauchswertsteigerung statt Kostenminimierung. Ein Gedanke, der ebenso ökonomisch wie normativ motiviert ist?

Ja, obwohl ich statt normativ eher politisch sagen würde. Jede Produktion findet immer in einem politischen Kontext statt, der die Formen festlegt, in denen darüber gestritten werden kann, wer welchen Teil des gemeinsam Erwirtschafteten zugeteilt bekommt und sich zuteilen kann. Der Kapitalismus ist keine normative, sondern eine politische Ordnung. Es gibt keine gemeinsamen Werte, aus denen sich ableiten ließe, was eine gerechte Verteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital wäre – alles, was es gibt, sind begrenzt haltbare Kompromisse, Beispiel Tarifverträge. Wenn sie ablaufen, und das tun sie immer, heißt die Parole: „La lotta continua!" Nicht selten, und heute immer mehr, wird der Kampfcharakter der kapitalistischen politischen Ökonomie verschleiert, indem sie zu einer „normativen Ordnung" verklärt wird – das unselige Erbe der Kritischen Theorie in ihrer staatstragenden liberalen Variante à la Jürgen Habermas. Was du Gebrauchswertsteigerung nennst, war zu einem bestimmten Zeitpunkt die erfreuliche Nebenfolge eines Kompromisses: eine Produktionsweise, auf die Arbeit und Kapital sich auf Zeit als Schnittpunkt ihrer unterschiedlichen Interessen einigen konnten. Das war es dann aber auch.

Korporationen und Staat

Du hast in vielen deiner Arbeiten den intermediären Organisationen, vor allem den Gewerkschaften und den Verbänden, eine starke Rolle zugeschrieben, und die Bedeutung dieser gesellschaftlich gewachsenen historischen Entitäten für die gesellschaftliche Integration betont. Wie wichtig diese Einsicht ist, darauf kann man just dieser Tage wieder stoßen bei Debatten über die Frage: Gibt es eigentlich eine europäische Gesellschaft? Der Begriff steht ja im Vertrag über die europäische Integration, aber ab wann kann man eigentlich von einer europäischen Gesellschaft sprechen? Für Émile Durkheim zum Beispiel war es unvorstellbar, wie man eine Gesellschaft ohne Korporationen organisieren kann. Die aber finden sich bis heute vor allem auf mitgliedstaatlicher, nationalstaatlicher Ebene.

Gerade diese Einsicht scheint mir heute wieder von großer Bedeutung zu sein. Für Durkheim wäre eine Gesellschaft ohne Korporationen nur als pathologische Abweichung von einem, wie er das nannte, „Normalzustand" denkbar gewesen. Die für eine Gesellschaft, die mehr sein soll als ein Markt, entscheidenden intermediären Organisationen existieren jedoch bis heute ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene. Solange wir nichts Vergleichbares auf europäischer Ebene haben, erscheint auch die Rede von

---

Capitalism: The Embeddedness of Institutions, hrsg. von J. Rogers Hollingsworth und Robert Boyer, 197–219. Cambridge: Cambridge University Press, 1997.

einer europäischen Gesellschaft problematisch. Allerdings kann man sich durchaus eine Gesellschaft vorstellen, die nur aus Staat und Markt besteht. Genau das war die Idee der Französischen Revolution, die ja von Liberalen geprägt war. 1791 verabschiedete die französische Nationalversammlung ein Gesetz, das als Loi Le Chapelier bekannt wurde, benannt nach seinem Autor. Es untersagte jede Form der Organisation auf einer Zwischenebene zwischen Individuum und Staat. Wer sich dennoch zusammenschloss, machte sich strafbar. Ganz ähnlich der englische Combinations Act von 1799. In beiden spiegelte sich eine Grundidee des Liberalismus: Die Gesellschaft sollte aus freien Individuen bestehen, die allein der Souveränität des Staates und des Marktes unterworfen sind. Zwischeninstanzen galten als Relikte der ständischen und zünftischen Ordnung, die überwunden werden mussten.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts erwies sich diese Vorstellung jedoch als nicht tragfähig. Die großen Streikbewegungen in nahezu allen europäischen Ländern machten deutlich, dass kapitalistische Industriegesellschaften dauerhaft mit kollektiver Organisation der Arbeiterklasse zurechtkommen müssen. Dies fand schließlich sogar Eingang in die internationale Ordnung. Mit der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mittels des Versailler Vertrags bekannten sich die Unterzeichnerstaaten dazu, dass es innerhalb moderner Gesellschaften autonome Regelungssysteme geben müsse, in denen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände verbindliche Vereinbarungen über ihr gegenseitiges Verhältnis treffen können.

Dass die ILO Teil der Friedensordnung von Versailles war, wird heute erstaunlich selten erinnert. Dabei ist die Begründung bemerkenswert. Dort wird ausdrücklich festgestellt, dass die modernen liberalen Staaten allein nicht in der Lage sind, die sozialen Probleme der Industriegesellschaft zu lösen. Zugleich seien diese Probleme so gravierend, dass dauerhafter sozialer Frieden ohne ihre Bearbeitung unmöglich sei. Deshalb werde jeder Staat verpflichtet, Institutionen aufzubauen, die solche Konflikte staatsunabhängig autonom regulieren können. Dass die damaligen Staaten sich darauf einließen, wie im Prinzip alle Demokratien nach 1945, macht die Institutionen der sogenannten industriellen Beziehungen nicht zu Erfindungen des Staates oder der Arbeitgeber. Sie sind aus Krisen entstanden – in diesem Fall Krieg – und aus sozialem Konflikt heraus. In Deutschland konnte Hugo Sinzheimer als der Gründer des Arbeitsrechts den Gedanken eines autonomen Arbeitsvertrags und kollektiver Tarifverträge nur deshalb durchsetzen, weil ständig Streiks in diesem Land stattfanden. Man hätte versuchen können, diese polizeilich oder militärisch zu unterdrücken. Doch selbst viele Arbeitgeber erkannten damals, dass dies keine Lösung sein konnte, in einer Zeit, in der man die Arbeiterklasse nicht mehr einfach unterwerfen konnte.

Deine Arbeiten mit Arndt Sorge zielten also auf mehr als Arbeitsmarktpolitik.

Genau. Was wir in den 80er-Jahren tatsächlich zu formulieren versuchten, war ein positives sozialdemokratisches Programm der Industriepolitik, eine in einem sozialdemokratischen Sinn reformerische Wirtschaftspolitik. Uns war bewusst, dass eine tripartis-

tische Ordnung – also die ausgehandelte Kooperation von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern – nur dann dauerhaft funktionieren kann, wenn sie über reine Arbeitsmarktregulierung hinausgeht und in eine aktive Industriepolitik – Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie – übergeht. Nur unter dieser Voraussetzung konnte sie zu einer Form organisierter Klassenmacht werden: Klassenmacht von unten innerhalb einer reformiert-kapitalistischen Demokratie.

In diesem Zusammenhang haben wir uns dann auch mit der Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene befasst. Ich selber war von 2005 bis 2006 Mitglied einer von Schröder eingesetzten und von seiner Nachfolgerin, Angela Merkel, fortgeführten Kommission unter Vorsitz von Kurt Biedenkopf, die untersuchen sollte, ob die deutsche Mitbestimmung auf Unternehmensebene unter Bedingungen zunehmender Internationalisierung noch zeitgemäß sei. Wir fanden nach langen Beratungen mit Spitzenvertretern der Unternehmen und Gewerkschaften keinen Grund, der dagegengesprochen hätte.

Die neoliberale Theorie geht davon aus, dass jede Form kollektiver Organisation einen Effizienzverlust darstellt. Ihre Grundannahme lautet: Es gibt nur Individuen. Natürlich gibt es Individuen. Aber es gibt keine nicht-vergesellschafteten Individuen. Vergesellschaftung bedeutet unter anderem, dass sie gemeinsame Zukunftsvorstellungen benötigen – Vorstellungen etwa davon, was sie unter gesellschaftlichem Fortschritt verstehen und wie sie gemeinsam an ihm teilhaben wollen. Ein Beispiel war die Forderung der IG Metall in den 80er-Jahren nach einer 35-Stunden-Woche. Diese zielte nicht nur auf Arbeitszeitverkürzung. Dahinter stand die Idee, dass eine moderne Gesellschaft Erwerbsarbeit, Familienleben und soziale Reproduktion miteinander vereinbaren müsse, als Teil eines umfassenderen gesellschaftlichen Zukunftsentwurfs. Heute werden Debatten über Arbeitszeit, aber auch über die Folgen von Deindustrialisierung nur noch defensiv im Zusammenhang der Funktionsimperative einer kompetitiven Wachstumswirtschaft geführt.

Die Korporationen tragen die Gesellschaft, und sie benötigen den Staat, weil dieser den politischen Rahmen garantiert – eine Verfassung gewährleistet – und gemeinsame Ziele formuliert. Das erinnert an Hegels Rechtsphilosophie. Man könnte fast sagen, ihr hättet ihre Konstruktion soziologisch ausgeschrieben.

Ja. Im Rückblick erscheint mir das offensichtlich: Hegels Korporation als „zweite sittliche Wurzel" der Gesellschaft, neben der Familie.[7] Die Arbeitsrechtstheorie der Weimarer Jahre, die zugleich eine ungeheuer produktive Demokratie- und Gesellschaftstheorie war, hat diesen Gedanken deutlich ausgearbeitet. Dort findet sich die Vorstellung, dass individualistische, also liberale Demokratie ohne kollektive, also soziale Demokratie, also ohne Berücksichtigung der nicht-kapitalistischen Interessen der Nicht-Kapitalisten mit ihren anderen Durchsetzungschancen, auf die Dauer nicht bestehen kann. Später, nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde das über Ernst Fraenkel, einen der vielen

7 „Theories and Practices of Neocorporatism (mit Lane Kenworthy)." In *The Handbook of Political Sociology,* hrsg. von Thomas Janoski, Robert R. Alford, Alexander M. Hicks und Mildred A. Schwartz, 441–60. Cambridge: Cambridge University Press, 2005.

Arbeitsrechtler, die später Politikwissenschaftler wurden, Teil einer heute so gut wie vergessenen sozialdemokratischen Demokratietheorie.

Mit den Grundkategorien der Soziologie zu sprechen: Es ist im Grunde das gute Erbe der vorkapitalistischen Gemeinschaft, das durch die Korporationen in die Gesellschaft gerettet werden soll.

Ja, Durkheims Botschaft war immer wieder: Wir haben das übertrieben mit der Modernisierung und dem Liberalismus. Intermediäre Organisationen unterhalb des Staates und oberhalb von Markt und Individuum sind für die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft, auch einer postfeudalen Gesellschaft, unentbehrlich. Wir haben hinzugefügt, dass dies nicht nur für die Funktions-, sondern auch für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft gilt, für die Entwicklung von Zukunftsbildern, die die gesellschaftliche Entwicklung über das hinaustreiben, was Markt und Staat sich vorstellen können. Man kann sich ja durchaus fragen, was für Zukunftsbilder der neoliberale Kapitalismus von heute anzubieten hat. Hier würde meines Erachtens eine Forschung über „sozialen Zusammenhalt", wie das heute heißt, anzusetzen haben, ein Zusammenhalt, der eine institutionell garantierte Konfliktfähigkeit der nicht-kapitalistischen Klassen voraussetzt, als Gegengewicht zur markt- und eigentumsbasierten Konfliktfähigkeit der Kapitalbesitzer.

Modernisierung, Globalisierung und die Krise kollektiver Organisationen

In den Automatisierungsdebatten der 60er-Jahre waren es gerade die Gewerkschaften, und vor allem Otto Brenners IG Metall, die die Modernisierung vorantreiben wollten.

Während meines Studiums arbeitete ich zeitweise in der „Abteilung Automation" der IG Metall bei Günter Friedrichs, bei der Vorbereitung des Oberhausener Kongresses „Aufgabe Zukunft – Qualität des Lebens", der 1972 stattfand, wenige Monate bevor ich in die Vereinigten Staaten ging. In diese Zeit fiel auch der Tod Otto Brenners, was für die deutschen Gewerkschaften, wie sich sehr rasch herausstellte, das Ende einer Epoche war. Damals herrschte noch ein bemerkenswerter Zukunftsoptimismus. Olof Palme, schwedischer Ministerpräsident, trat auf dem Kongress auf und skizzierte in perfektem Deutsch eine künftige Umweltpolitik, die er als Instrument industrieller Erneuerung verstand. Wir sprechen hier von 1972!

Die Gewerkschaften reagierten auf die Automatisierung nicht mit Abwehr, sondern mit dem Versuch, ihre Möglichkeiten gesellschaftlich produktiv zu nutzen. Die Idee war, dass technischer Fortschritt sowohl Arbeitszeitverkürzung als auch höhere Qualifikationen ermöglichen könne. Vor allem aber war man überzeugt, dass eine moderne demokratische Gesellschaft nur dann mit solchen Veränderungen umgehen kann, wenn sie stärker in die Handlungs- und Arbeitsfähigkeit ihrer Bürger investiert.

Damit rückte Bildung in den Mittelpunkt. Die Herstellung von Qualifikationen sollte nicht primär als individuelles, sondern als kollektives Gut verstanden werden. Später, am WZB, habe ich mich intensiv mit dem deutschen Berufsbildungssystem befasst, unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP).[8] Die Handwerkskammern und Innungen waren eine wichtige Ressource für das „deutsche Modell". In diesem Zusammenhang stieß ich auf die Gesetzgebung und Rechtsprechung in Preußen und im Deutschen Reich Ende des 19. Jahrhunderts, die die Regelung und Durchführung der Lehrlingsausbildung zur Aufgabe wie zum Privileg der Handwerksverbände machten – was es Letzteren de facto ermöglichte, ihre Mitglieder als Zwangsmitglieder dazu anzuhalten, sich an der Ausbildung von Fachkräften zu beteiligen.

Du hast vorhin angedeutet, dass die theoretische Beschreibung des Modells Deutschland erst in dem Moment erfolgte, als seine historischen Voraussetzungen zu verschwinden begannen. War dieses Modell letztlich nur unter den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit möglich?

Natürlich spielte die Ausnahmesituation nach 1945 eine Rolle. In den ersten Nachkriegsjahren wurden viele große Betriebe faktisch von ihren Betriebsräten geführt, die nach 1933 von den Nationalsozialisten verdrängt und verfolgt worden waren. Viele der alten Eigentümer und Unternehmensleiter waren tot, geflohen, politisch diskreditiert oder von den Alliierten interniert. Für kurze Zeit entstand eine Art syndikalistischer Situation.

Hinzu kam, dass die Gewerkschaften über erhebliches moralisches Kapital verfügten. Sie genossen hohes Ansehen bei den britischen Besatzungsbehörden unter der damaligen Labour-Regierung ebenso wie bei vielen Vertretern der amerikanischen Militärregierung. Nicht wenige von ihnen waren deutsche Emigranten, darunter zahlreiche Juristen und Ökonomen jüdischer Herkunft. Während meiner Zeit in Wisconsin, wo meine Position im Soziologie-Department die Leitung des Industrial Relations Research Institute einschloss – die Universität dort war eines der intellektuellen Zentren des New Deal gewesen –, habe ich einige davon noch kennengelernt. Nach 1945 bestand ein breiter Konsens darüber, dass ein organisierter Kapitalismus neben Wahlen, Parlamenten, Gerichten usw. autonome kollektive Formen der Selbstregulierung benötigt. Die deutschen Gewerkschafter trafen damit auf offene Ohren.

Heute verlieren die Gewerkschaften Mitglieder, die Tarifbindung sinkt und die Erosion der alten Organisationsformen geht weiter. War nichts davon abzusehen, als ihr über das Modell Deutschland nachgedacht habt?

---

8 *Steuerung und Regulierung der beruflichen Bildung: Die Rolle der Sozialpartner in der Ausbildung und beruflichen Weiterbildung in der BR Deutschland* (mit Josef Hilbert, Karl-Heinz van Kevelaer, Friederike Maier und Hajo Weber). Berlin: Edition Sigma, 1987. Englisch: *The Role of the Social Partners in Vocational Training and Further Training in the Federal Republic of Germany.* Berlin: European Centre for the Development of Vocational Training (CEDEFOP), 1987.

Ich antworte in aller Vorsicht: Unsere Analysen waren nicht falsch. Wir haben aber, typisch für sozialwissenschaftliche Theoriebildung, Voraussetzungen des Modells für konstant gehalten, die sich später als historisch variabel erwiesen. Historische Entwicklung heißt ja auch, dass vermeintliche Konstanten zu Variablen werden. Für uns war die Begrenztheit des Arbeitsangebots ein zentrales Element unseres Modells. Dem Zwang ebenso wie der Möglichkeit, mit hochqualifizierten Absolventen eines von den organisierten Arbeitnehmern mitverwalteten Berufsbildungssystems zu arbeiten, konnten deutsche Arbeitgeber, so unterstellten wir, nicht ausweichen. Es lief auf eine Kontrolle der Gewerkschaften über das Angebot am Arbeitsmarkt hinaus. Dass dies sich später durch Immigration von Arbeitnehmern und Auswanderung von Kapital auf eine grundlegende Weise ändern würde, haben wir uns damals nicht annähernd vorstellen können, ebenso wenig wie eine Welt ohne Tarifverträge und Mitbestimmung.[9]

Ob die soziale Formation, die inzwischen in den westlichen Gesellschaften den Sozialdemokratismus abgelöst hat, nennen wir sie neoliberal oder ähnlich, auf die Dauer stabiler sein kann als ihre Vorgängerin, ist eine andere Frage. Zurzeit sehen wir Auflösungserscheinungen allerorten, einschließlich eines bislang ungebrochenen Wachstums der radikalen Rechten.

Dann könnte heute der Fachkräftemangel ein Hoffnungsschimmer sein?

Im Unterschied zu damals tauchen heute immer mehr Menschen auf, die sich von dieser Gesellschaft nichts mehr versprechen, also eine Zunahme der Gelbwesten aller Art. Ich vermute, dass es eher in diese Richtung geht. Das Problem der Gelbwesten ist aber, dass die sich nicht gut organisieren können. Die alten Gewerkschaften hatten gelernt, handlungsfähige soziale Strukturen aufzubauen. Und das Wichtige am Sozialismus oder Sozialdemokratismus war ja gewesen, dass er die Organisierung der Unzufriedenheit mit einem positiven Zukunftsmodell verbunden hat. Auch wenn dieses vielleicht als solches nicht ganz realisierbar war, gab es im Hintergrund immer die Vorstellung, man lebe in einem Zwischenstadium, die demokratische Gesellschaft, der Staat des Volkes, sei noch nicht vollendet, aber wir sind die Kraft, die das schaffen wird, und die tägliche Plackerei am Arbeitsplatz, die werden wir beenden. Diese Überzeugung gibt es heute nicht mehr. Auch das haben einige illusionslose Sozialdemokraten früher gesehen als die meisten: Adam Przeworski hat vor einigen Jahren die Korrespondenz zwischen Bruno Kreisky, Willy Brandt und Olof Palme aus der ersten Hälfte der 70er-Jahre neu entdeckt. Liest man diese Briefe, erkennt man, dass die sozialdemokratischen Regierungschefs die kommenden Veränderungen bereits sehr früh wahrnahmen. Sie hatten das Gefühl, dass die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung dem sozialdemokratischen Projekt allmählich den Boden entzog. Viel weiter als zu dieser Diagnose gelangten sie freilich nicht. Aber rückblickend ist bemerkenswert, wie klar sie die Problemlage bereits erkannten, während wir noch über den Ausbau der sozialdemokratischen Welt nachdachten.

9 „Diversified Quality Production Revisited: The Transformation of Production Systems and Regulatory Regimes (mit Arndt Sorge)." *MPIfG Discussion Paper* 16/13, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln (2016).

Heute stellt sich eine andere soziale Frage: Wo entstehen gegenwärtig Krisen, die für breite Bevölkerungsschichten so spürbar werden, dass sie von den politischen Eliten mehr verlangen als bloße Rhetorik? Ich komme dabei immer wieder auf die abnehmende Finanzierbarkeit jener öffentlichen Leistungen zurück, die die heutige kapitalistische Wirtschaft benötigt. Bildung, Infrastruktur, Umweltpolitik – all diese Bereiche werden teurer, während die finanziellen Handlungsspielräume der Staaten wegen der abnehmenden Besteuerbarkeit des mobiler gewordenen Kapitals schrumpfen.

Daraus entsteht eine strukturelle Klemme. Regierungen müssen gleichzeitig die Investitionsbereitschaft des Kapitals und die Arbeitsbereitschaft der Beschäftigten sichern. Immer häufiger fehlt ihnen jedoch die Möglichkeit, beides gleichzeitig zu erreichen. Man kann sich das Problem als das Verhältnis von zwei „Austrittspunkten" *(exit points)* vorstellen. Arbeitnehmer haben einen sogenannten Reservationslohn: Unterhalb eines bestimmten Lohnniveaus weigern sie sich, zur Arbeit zu kommen. Weniger beachtet wird, dass Unternehmen entsprechend einen Reservationsgewinn haben. Wenn dieser unterschritten wird, halten sie ihre Investitionen zurück oder verlagern sie.

Wichtig ist nun, dass das Verhältnis der beiden Austrittspunkte sich langfristig geändert hat. Im 19. Jahrhundert konnten die Arbeiter auswandern, oft nach Amerika, und sie konnten streiken. Man kann den Streik als eine Sozialtechnologie ansehen, mit deren Hilfe die Arbeiter Auswanderung simulieren können. Die Arbeitgeber dagegen konnten in der Frühzeit der Industrialisierung nicht auswandern. Krupp konnte nur in Essen und in Deutschland Krupp sein, woanders konnte er nicht hin. Heute, insbesondere mit der Finanzialisierung, kann das Kapital jederzeit abreisen. In ein paar Sekunden sind die weg. Die Auswanderungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse sind dagegen in dem Maße geschwunden, wie ein geändertes Arbeitsrecht und eine neue Produktions- und Arbeitsorganisation Streiks erschweren, und statt Auswanderung gibt es Einwanderung. Dadurch ist die relative Verhandlungsmacht der Beschäftiger gestiegen und die der Beschäftigten ist gesunken; so steigt der Reservationsprofit der einen, während der Reservationslohn der anderen zurückgeht.

Wisconsin und das Erbe des New Deal

1988 gingst du an die University of Wisconsin-Madison. Hatte das auch damit zu tun, dass die Forschung über Steuerung, Modernisierung und das sozialdemokratische Modell in Deutschland zunehmend an ihre Grenzen stieß?

Vielleicht am Rande. 1986 habilitierte ich mich in Bielefeld bei Claus Offe. Ich war 40 Jahre alt, und das Wissenschaftszentrum befand sich bereits seit einigen Jahren in einem umfassenden Umstrukturierungsprozess; für die „Wende"-Regierung Kohl galt es ja als sozialdemokratisches Nest. Ich hatte einen Ruf aus Konstanz, indirekt als Nachfolger auf

den Lehrstuhl von Fritz Scharpf, der 1986 vom WZB als Direktor an das Kölner Max-Planck-Institut gegangen war. Dann kam der Ruf aus Madison, damals nach der Rangordnung der American Sociological Association das führende Soziologie-Department der USA – der Schlachtruf bei Department-Partys war: „We Are Number One!" Den habe ich dann angenommen und bin im Sommer 1988 mit Familie nach Madison umgezogen.

Die Universität von Wisconsin-Madison war eine ganz besondere Institution. Sie war als staatliche Universität gegründet worden – eine der sogenannten „land-grant universities" des Mittleren Westens. Ihr Auftrag – die immer wieder zitierte *Wisconsin Idea* – bestand ursprünglich darin, durch wissenschaftliche Forschung zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des neu eingerichteten Bundesstaates beizutragen. Damit war sie außerordentlich erfolgreich. Der Staat Wisconsin ist Heimat einer weltweit führenden Agrar- und Milchwirtschaft, ein auf den Rat der Universität kurz nach ihrer Gründung begonnenes industrielles Entwicklungsprojekt. Noch heute hält sie Patente für zahlreiche Verfahren der Milchverarbeitung, aber auch in vielen anderen Bereichen der Ingenieurwissenschaften. Die Patenteinnahmen fließen in einen universitätseigenen Forschungsfonds. Wichtiger für mich war natürlich die politische und intellektuelle Tradition insbesondere des Campus in Madison. Ich wurde neben meiner Soziologie-Professur Direktor des Industrial Relations Research Institute, das aus der institutionellen Wirtschaftswissenschaft der 30er-Jahre hervorgegangen war.

Also gewissermaßen die zweite Generation des New Deal?

Zum Teil sogar noch die erste. Einige meiner älteren Kollegen, mit Tenure in einem Economics Department, das damals auf dem Weg war, sich zu meinem Leidwesen neoklassisch neu aufzustellen, stammten noch aus den linksorientierten jüdischen Einwandererfamilien der New Yorker Lower East Side – wie neben vielen anderen auch Daniel Bell und Seymour Martin Lipset – und hatten noch die Fusion von AFL (American Federation of Labor) und CIO (Congress of Industrial Organizations) miterlebt. Wisconsin war der Ort, wo in den 30er-Jahren wesentliche Teile der New-Deal-Gesetzgebung vorbereitet worden waren, darunter die Rentenversicherung. Mein Institut ging über Umwege auf John R. Commons zurück, den großen Historiker der amerikanischen Arbeiterbewegung und Autor von *The Legal Foundations of Capitalism*, einem Hauptwerk der *institutional economics*.

Im Soziologie-Department arbeitete ich besonders mit zwei Kollegen zusammen, Erik Olin Wright und Joel Rogers. Joel hatte wie ich dieses Bedürfnis, dass wir nicht nur Wissenschaft machen, sondern was bewegen wollten. An einem Wintertag, bei einem Spaziergang auf einem der die Stadt umgebenden, der Jahreszeit entsprechend zugefrorenen Seen, beschlossen wir, ein Zentrum für angewandte Forschung in der Tradition des New Deal und der Wisconsin Idea zu gründen, das wir *Center on Wisconsin Strategy* nannten, deshalb, weil es als COWS abgekürzt werden konnte, in Anspielung auf Wisconsin als Kuhstaat, Milchstaat, Käsestaat.

Joel war ungeheuer gut im Mobilisieren von Forschungsmitteln. Unser Ziel mit COWS war, Wege für eine High-Road-Strategie industrieller Entwicklungspolitik zu erforschen, als Alternative zu der sich damals schon abzeichnenden Low-Road-Politik der amerikanischen Unternehmerschaft. Eins unserer Projekte war, die Metallindustrie in Milwaukee, die auf dem Weg in die Südstaaten war, weil dort niedrigere Löhne und Streikverbote lockten, davon zu überzeugen, dass sie, wenn sie international wettbewerbsfähig bleiben wollten, hochqualifizierte Arbeitskräfte und deshalb ein gemeinsames Berufsbildungszentrum, zusammen mit den Gewerkschaften, brauchten, mit einheitlichen Lehrplänen, sodass die Auszubildenden nicht nur bei einem Arbeitgeber, etwa Harley Davidson in Milwaukee, ausgebildet wurden, sondern von verschiedenen Unternehmen, um am Ende voll qualifizierte Metallarbeiter zu sein. Um ihnen zu zeigen, was das ist, ein voll qualifizierter Metallarbeiter, habe ich die Ausbildungspläne für die deutschen Metallberufe übersetzt, die ich ja noch von meinen Studien zur beruflichen Bildung her kannte. Deren Veröffentlichung hatte großen Widerhall in vielen europäischen Ländern gefunden. Also haben Joel und ich gedacht: Wir versuchen mal, sowas hier zu machen. Für uns war alleine Wissenschaft zu machen ein bisschen langweilig. Und siehe da, tatsächlich haben die das Berufsbildungszentrum gegründet, und es ist sogar bis heute etwas davon übriggeblieben. Irgendwann kam Clintons Arbeitsminister, Robert Reich, hat sich das angeguckt und war total begeistert.

Um zu zeigen, wie schwierig das war, eine Anekdote: Wir waren in Milwaukee und haben ein paar Dutzend Managern und Unternehmern von der örtlichen Metallindustrie erklärt, warum sie ein gemeinsames und nicht ein firmenspezifisches Ausbildungsprogramm brauchten, nach dem Beispiel Deutschlands. Die Gewerkschaft war ja sowieso auf unserer Seite. Zwei Tage später saß ich im Büro in Madison, da klingelt das Telefon, es war einer von den Teilnehmern, der mir erklärte: „Your speech was fantastic, there was only one thing that I didn't quite understand: Why I should do this together with my f*ing competitors?" Wir waren eben in Amerika.

Es gab viele solche grotesken Erfahrungen. Um dieses Ausbildungssystem zu etablieren, hatten Joel und ich auch mit dem republikanischen Gouverneur des Staates Wisconsin zu tun. Irgendwann sagte uns jemand, ihr müsst mit dem Joe So-und-so sprechen, einem erzkonservativen Unternehmer, wichtigster Unterstützer des Gouverneurs. Also sind wir wieder mal nach Milwaukee und haben uns mit dem zum Mittag getroffen, im Milwaukee-Club mit Blick auf den Lake Michigan bei Suppe mit Muscheln, Clam Chowder. Joel und ich versuchten, ihm zu erklären, warum man nicht einfach die Produktion in den Süden verlagern sollte, zum Beispiel, weil man für Europa, wohin die alle exportieren wollten, Qualitätsproduktion braucht. Irgendwann während unseres Gesprächs hat er uns nachdenklich schweigend angeguckt und gefragt: „Joel, Wolfgang, I have a problem. Why am I having lunch here with two damn communists like you?" Joel, dem immer was einfiel, sagte wie aus der Pistole geschossen: „That's not surprising. We both care about social cohesion, you as a conservative, we as progressives." Er, staunend: „The way you put this is absolutely amazing."

Nebenher haben wir dann zusammen mit Erik Wright am Department ein Programm in Wirtschaftssoziologie gegründet. Das war auch die Zeit, als wir gemeinsam Polanyi entdeckt haben, den wir mehr oder weniger zur Grundlage dieses Programms gemacht haben.

Also Einbettung der Ökonomie in soziale und politische Strukturen …

Ja, und eine starke Betonung von Traditionen, von Vertrauen, gesellschaftlicher Solidarität und dergleichen. Das war damals noch ein halbwegs aussichtsreiches Programm, so erschien es uns jedenfalls. Zugleich war schon sichtbar – es war das Ende der Reagan-Jahre – wie die Gewerkschaftsseite an Macht und Willen verlor. Die machten mit, was wir vorschlugen, und waren auch dankbar dafür. Aber als wir irgendwann am Abend mit einem der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre zusammensaßen, fiel der Satz, und das blieb mir im Kopf stecken: Wie es mit Gewerkschaften weitergehen würde, das wisse er nicht. Sein Pensionsfonds sei gut investiert, seine Kinder gingen zur Universität und würden keine Gewerkschaft mehr brauchen.

Bündnis für Arbeit und die Grenzen sozialdemokratischer Politikberatung

Du hast dann 1995 den Ruf als Direktor an das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung angenommen. In den ersten Jahren deiner Arbeit warst du überdies als einer der Berater des von Gerhard Schröder aufgesetzten „Bündnisses für Arbeit". Vielen ist heute nicht ganz klar, dass dieses Bündnis für Arbeit nicht die Hartz-Kommission war. Was war die Idee des Bündnisses für Arbeit, und warum hast du teilgenommen – es hat ja auch gelegentlich dein Bild in der „linken Kollegenschaft" berührt?

Ursprünglich war das „Bündnis für Arbeit" eine Idee der IG Metall. Sie wurde 1995 formuliert, in einer Zeit, in der die Standortdebatten immer schärfer wurden und die Gewerkschaften zunehmend unter Druck gerieten. Die IG Metall signalisierte damals die Bereitschaft, über ein Bündnis für Beschäftigung zu verhandeln – im Sinne jenes *political exchange*, den Colin Crouch und Alessandro Pizzorno untersucht hatten: nichtinflationäre Lohnpolitik im Austausch gegen politische Zugeständnisse, etwa in der Sozial-, Beschäftigungs- oder Rentenpolitik.

Also ein Tausch: mehr Sicherheit gegen vorübergehende Lohnzurückhaltung.

Ja. Helmut Kohl wollte das zunächst tatsächlich versuchen, im Frühjahr 1995. Es gab sogar bereits ein Papier, in dem die gegenseitigen Zugeständnisse weitgehend skizziert waren. Innerhalb der schwarz-gelben Regierungskoalition wurde das Vorhaben dann allerdings sabotiert. Zur selben Zeit war in Italien ein vergleichbares Abkommen ausgehandelt worden, und mit der italienischen Situation kannte ich mich gut aus und traute

mir zu, bei etwas Ähnlichem in Deutschland mitzuhelfen. Dafür hat mich dann die Gewerkschaftsseite auch vorgeschlagen.

Der Begriff „Bündnis für Arbeit" löste, wenn ich mich recht erinnere, in der IG Metall allerdings heftige Debatten aus.

Das hatte historische Gründe. Nach den sogenannten wilden Streiks im Herbst 1969 hatte sich die IG Metall geschworen, sich nie wieder auf dreiseitig ausgehandelte Lohnzurückhaltung – auf, wie das damals hieß, eine „konzertierte Aktion" – einzulassen. Die Betriebsräte der großen Betriebe hatten damals erhebliche Zugeständnisse der Arbeitgeber erreicht und damit das Monopol der Gewerkschaft auf den Abschluss von Tarifverträgen relativiert. Sie wollten im Wahljahr nicht akzeptieren, dass im Kapitalismus zuerst die Profite kommen und erst danach, vielleicht, höhere Löhne.

Aber in den 90er-Jahren war die Lage eine andere.

Ja. In den 90er-Jahren wurde ständig darüber diskutiert, welche Kosten in Deutschland gesenkt werden müssten, um die „Standortqualität" – die für Unternehmen, nicht notwendig für die von ihnen Beschäftigten – zu verbessern. Die Unternehmen standen mehr als je zuvor unter internationalem Wettbewerbsdruck. Hinzu kam eine Krise der Staatsfinanzen nach der deutschen Einheit. Die Staatsverschuldung war mittlerweile so hoch geworden, dass neue Kredite im Wesentlichen dazu herhalten mussten, die Zinsen der alten Kredite zu bedienen. Ähnliche Probleme gab es auch in Frankreich.

In der Arbeitsmarktpolitik dominierte zugleich die Vorstellung, man könne jüngeren Menschen Arbeitsplätze beschaffen, indem man ältere früher in den Ruhestand schickt – die klassische Lump-of-Labour-Theorie. Das war natürlich Unsinn. Eine Fortsetzung der massiven Frühverrentung der 1990er-Jahre hätte die Rentenbeiträge erhöht und damit die Beschäftigungschancen der nächsten Generation verschlechtert.

Nach Schröders Sieg bei der niedersächsischen Landtagswahl und seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten fanden in Vorbereitung auf die Bundestagswahl verschiedene Strategiesitzungen statt; an einigen davon durfte ich teilnehmen. Franz Müntefering leitete diese Treffen als Bundesgeschäftsführer der SPD. Einmal schlug ich vor, offensiver über Reformen zu sprechen. Müntefering, politisch sehr viel geerdeter, warnte vor dem Begriff „Reformen"; die SPD-Wähler verstünden darunter mittlerweile Kürzungen aller Art. Wenn sie nur das Wort hörten, zögen sie den Revolver.

Nach der Bundestagswahl 1998 drängte die IG Metall, die Schröder stark unterstützt hatte, auf die Einrichtung des Bündnisses für Arbeit. Es wurde ein Beratergremium eingesetzt, das sich als Erstes mit der Beschäftigungssituation Geringqualifizierter befassen sollte. In dieser Gruppe war die Arbeitslosigkeit besonders hoch, auch im internationalen Maßstab. Die Beratergruppe bestand aus dem Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, Gerhard Fels, der Chefin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen In-

stituts der Gewerkschaften, Heide Pfarr, dazu Rolf Heinze, Günther Schmid und mir als Externem. Mir fiel die Sprecherrolle zu.

Wie dramatisch die Lage bei der Beschäftigung im Niedriglohnbereich war, geht aus einem Buch hervor, das Werner Eichhorst, damals noch einer meiner Doktoranden, im Auftrag der Beratergruppe in sehr kurzer Zeit aus unseren Beratungsunterlagen zusammenstellte.[10] Das Beschäftigungsproblem bei den Geringqualifizierten war ja auch eine der Schattenseiten des „deutschen Modells", die darauf zurückging, dass überall überwiegend hochqualifizierte Arbeit gebraucht wurde. Das führte dazu, dass Geringqualifizierte mit einem Einkommen gemäß ihrer Produktivität nicht auskamen und durch die Abgabenstruktur daran gehindert wurden, einen Fuß in das Beschäftigungssystem zu bekommen.

Ich habe damals viel mit Fritz Scharpf über unseren Auftrag gesprochen, auch mit einem meiner ehemaligen Professoren in Frankfurt, dem Ökonomen Hans-Jürgen Krupp. Krupp war es vor allem, der uns aufforderte, nach einer Lösung zu suchen, die die Reallöhne der Arbeitnehmer am unteren Ende erhöht und gleichzeitig die Arbeitskosten der Arbeitgeber senkt. Er hatte auch einen Trick vorzuschlagen, wie man das machen könnte: die Sozialbeiträge analog zur Einkommensteuer progressiv gestalten und am unteren Ende die Sozialbeiträge aus Steuermitteln subventionieren, sodass der Leistungsanspruch auf Rente usw. ungeschmälert blieb.

Wir haben das im Modell durchgerechnet, aber es war schwierig, den Vorschlag im Arbeitsministerium plausibel zu machen. Die bestanden auf dem sogenannten Äquivalenzprinzip und brachten immer neue Bedenken vor – was ist mit jobbenden Studenten zum Beispiel, was mit Saisonarbeitern usw. Letztlich scheiterte es an der IG Metall, deren Vertreter uns irgendwann erklärte, dass IGM-Mitglieder nicht im Niedriglohnbereich beschäftigt seien und deshalb nichts von unserem Modell hätten, im Gegenteil, dieses auch noch quersubventionieren müssten.

Also eine Frage mangelnder Solidarität mit den Geringverdienern?

Ja klar, da ging es um Solidarität. Es gab noch viele andere Probleme in dem Bündnis-Versuch. Um es kurz zu machen: Das Bündnis und die Beratergruppe stellten im Frühjahr 2001 ihre Arbeit ein. Auch die Gewerkschaften hatten die Freude an ihm verloren, mussten dann allerdings zusehen, wie ohne sie und über ihre Köpfe hinweg die Hartz-Kommission eingesetzt wurde, die dann die Grundlage für die Agenda 2010 erarbeitete. Nur ein Mitglied unserer Beratergruppe wurde in sie berufen, dem wir seine Teilnahme nicht ausreden konnten. Er hat es später bereut.

10 Werner Eichhorst, Stefan Profit und Eric Thode. *Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking und der Bertelsmann Stiftung an das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit.* Berlin: Springer, 2001.

Ich hätte das alles vielleicht einmal aufschreiben sollen. Es wäre ein längeres Buch geworden. Aber ich wollte keine Indiskretionen begehen, und überhaupt war ich zu enttäuscht von der ganzen Geschichte und wollte sie einfach nur hinter mir lassen.[11]

Hat dich diese Erfahrung so geprägt, dass du dadurch in den Folgejahren einen, vielleicht kann man das ja so sagen, massiven Linksdrall hingelegt hast?

Na ja, massiv, ich weiß nicht. Aber nach dem „Bündnis" war mir klarer denn je, dass die reale staatliche Politik nach ihren eigenen Gesetzen abläuft, jedenfalls heute, und ohne irgendeine längerfristige sozialreformerische Fortschrittsperspektive. Nur ein Beispiel: Während meiner kurzen Liaison mit dem Kanzleramt war ich zu einer Konferenz der Berater der europäischen sozialdemokratischen Regierungschefs und Oppositionsführer geschickt worden, in Bellagio am Comer See bei der Rockefeller Foundation, organisiert von Peter Mandelson („Prince of Darkness") und David Miliband von der Labour Party. Nach dem Abendessen saßen die beiden plötzlich neben mir und versuchten, aus mir herauszubekommen, was eigentlich die Strategie der neuen deutschen Regierung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit sei. Alles, was ich sagen konnte, war: Wir haben keine, jedenfalls jetzt noch nicht. Irgendwie schienen die zu glauben, dass ich Order hatte, ihnen gegenüber Schweigen zu bewahren. Am nächsten Tag flog ich zurück vom Flughafen Malpensa und fand in der Lounge auf dem Fußboden ein Exemplar der „Bild am Sonntag", Schlagzeile ungefähr: „Schröder zu Zwickel: Rente mit 60 für alle". Ich habe gedacht, mich tritt ein Pferd. Das völlige Gegenteil von allem, was wir geraten hatten, und ohne jede seriöse Aussicht auf Erfolg, weder renten- noch beschäftigungspolitisch.

Ich habe in den Jahren danach viel drüber nachgedacht, wo eigentlich diese Strategielosigkeit herkommt. Letztlich, glaube ich, geht das darauf zurück, dass anders als im sozialdemokratischen Zeitalter selbst die Illusion eines fortschrittlichen politischen Zugriffs auf die sozialen Verhältnisse verschwunden ist. In einer solchen Situation muss man nicht lange über einen Plan nachdenken, denn so wie die Dinge sind, machen die anderen sowieso, was sie wollen – wie in Brechts „Ballade von der Unzulänglichkeit menschlichen Planens": „Ja, mach nur einen Plan! / Sei nur ein großes Licht! / Und mach dann noch 'nen zweiten Plan / Gehn tun sie beide nicht." Das galt zwar ursprünglich nur für die Welt der Dreigroschenoper. Aber vielleicht haben wir uns der ja, ohne es zu merken, immer weiter angenähert.

11 Andeutungsweise in: „Politische Ökonomie als Soziologie: Kann das gutgehen?" *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* 3 (1): 147–66 (2014), hier: 160–71; sowie: „No Longer the Century of Corporatism: Das Ende des ‚Bündnisses für Arbeit'." *MPIfG Working Paper* 03/4, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln (2003).

Gesellschaftsforschung

Der Niedergang des Modells Deutschland, die einsetzende Globalisierung, das nicht mehr zu leugnende Ende des sozialdemokratischen Zeitalters, die schrumpfende Gestaltungskraft des Staates – wie hat sich all das auf das Forschungsprogramm des Instituts ausgewirkt?

Globalisierung kam nach meiner Rückkehr nach Deutschland auf, zuerst in Gestalt der Internationalisierung von Wirtschaft und Politik, insbesondere im Kontext der EU und der sich abzeichnenden Währungsunion. Globalisierung als neue Weltordnung nach dem Ende der Sowjetunion kam dann später; es brauchte eine Weile, bis ich das einigermaßen verstanden hatte, eigentlich bis zur Arbeit an *Zwischen Globalismus und Demokratie*, also gegen Ende der Zehnerjahre, als ich mich erstmals genauer mit internationalen Beziehungen und ihren Wirkungen auf die nationalen Politiken beschäftigte. Die Erfahrung im Umkreis der Bundesregierung nach 1998 hatte der am Institut immer noch lebendigen Steuerungsperspektive, die ja quasi die Gründungsmission des Instituts gewesen war, einen finalen Stoß versetzt, jedenfalls für mich. Und es dauerte seine Weile, bis der verarbeitet war.

Und was hieß das für das Institut? Wie entwickelt man ein neues Forschungsprogramm, wenn die alte Mission quasi beendet ist?

Vielleicht könnte man sagen: Es waren Jahre der hinhaltenden Verteidigung. Ursprünglich, aus den USA kommend, wo ich mit Joel Rogers noch für eine Kommission der Clinton-Regierung einen Vorschlag für Arbeitnehmerbeteiligung an der Unternehmensleitung erarbeitet hatte, bis dann Clinton nach den ersten Zwischenwahlen den Kurs um 180 Grad wechselte – ursprünglich also war es mir darum gegangen, Strategien zu entwickeln, wie man so etwas wie in den USA vermeiden konnte, daher rührte mein Interesse am „Bündnis für Arbeit". Es stellte sich bald heraus, dass am Institut keine Stellen frei waren, auf denen man eine Arbeitsgruppe hätte aufbauen können; damit hatte ich nicht gerechnet. Um überhaupt anfangen zu können, musste ich Drittmittel einwerben. Glücklicherweise fand sich die Hans-Böckler-Stiftung bereit, mir eine Doktorandengruppe zu finanzieren, für eine Untersuchung des Wandels des deutschen Systems der industriellen Beziehungen, bei deren Leitung mir Anke Hassel zur Seite stand. Einer der Studenten war Martin Höpner. Was wir fanden, war, dass in Deutschland die Neoliberalisierung der kollektiven Arbeitsbeziehungen langsamer voranging als anderswo, aber voran ging sie trotzdem, wie man aus der Entwicklung vom „Bündnis" hin zur „Agenda 2010" ablesen konnte. Aus den Diskussionen um das Projekt herum ist dann *Re-Forming Capitalism* entstanden.

Neu am Institut war zunächst die Befassung mit Arbeitspolitik überhaupt, statt mit staatlicher Politik und Verwaltung als gesamtgesellschaftlicher Steuerungsinstanz. Anfang der Nullerjahre war dann erstaunlicherweise Reinhard Mohn, Chef aller Chefs bei Bertelsmann, auf mich zugekommen, der sich über einige seiner Unternehmerfreunde geärgert hatte, die die paritätische Mitbestimmung abschaffen wollten. Mohn wollte sie behalten

und organisierte eine „Mitbestimmungskommission", die ich leiten sollte und auch leitete, nachdem ich zu seinem Erstaunen eine unternehmensfürstliche Entlohnung abgelehnt hatte. Im Hause Bertelsmann widersprach man dem Chef normalerweise nicht; das war seine Art von Mitbestimmung. Während der Laufzeit des Projekts assistierte mir Norbert Kluge, abgeordnet an das MPIfG von der Hans-Böckler-Stiftung, und unter anderem gelang es uns, eine Reihe von akademisch sehr respektablen Sammelbänden zum Thema Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen zu produzieren. Ein Seiteneffekt war, dass ich dann 2005, wie vorhin schon einmal erwähnt, von Schröder als einer von drei „Experten" in eine andere Kommission, unter Kurt Biedenkopf als Oberexperte, berufen wurde, die sich der Frage widmen sollte, ob die Internationalisierung, insbesondere die Europäisierung der Wirtschaft, eine Abschaffung der deutschen Unternehmensmitbestimmung erforderlich machte. Merkel, offenkundig unter dem Einfluss ihres Vertrauten Biedenkopf, ließ die Kommission weiterarbeiten, und wir kamen Ende 2006 zu dem Schluss: nein, Abschaffung nicht nötig, trotz Riesengeschrei der Arbeitgeberseite.

Das waren meine ersten Themen. Dann kam die Finanzkrise 2008, kurz vor dem Erscheinen von *Re-Forming*, und mir war klar: Nicht nur die Arbeit verlangte nach Erforschung, sondern auch das Kapital. So begann die Hinwendung des Instituts zur politischen Ökonomie der Banken, Zentralbanken und Kapitalmärkte, einschließlich Finanzialisierung und dergleichen, und ich steuerte auf *Gekaufte Zeit* zu und eine ganzheitlichere Kapitalismus-Perspektive. Politikberatung war da nicht mehr drin; es ging darum, ganz neue Welten und Prozesse zu verstehen, ein Denkstrom, der übrigens auch von Martin Höpners selbstgewählter Doktorarbeit über die Zerlegung der damals sogenannten Deutschland-AG angestoßen worden war. Mein heutiges Interesse an einer Theorie des Kapitalismus läuft jetzt explizit auf den Versuch hinaus, beides, Arbeit und Kapital, in einen gemeinsamen Denkrahmen zu integrieren.

In diese Jahre fällt auch der Neubau des Instituts, den du zu deiner Herzensangelegenheit gemacht hast, bis in die Details, und auch die Erweiterung des Forschungspersonals. Eigentlich erstaunlich, dass die MPG, die ja eher auf Naturwissenschaften ausgerichtet ist, in diesen Jahren immer knapperer Mittel dieses Institut gestützt hat.

Also die Geisteswissenschaften waren und sind in der MPG gut integriert, die Rechtswissenschaften sogar schon länger. Mit dem Neubau hatte das seine eigene Bewandtnis. Wo das Institut in seinen ersten zehn Jahren untergebracht war, konnte es nicht bleiben, im Obergeschoss der Zentrale eines Versicherungsunternehmens, wie in einem Hochsicherheitstrakt. Andererseits durfte die MPG in den Jahren nach der Wiedervereinigung nur in Ostdeutschland bauen, nicht im Westen. So wurden wir zum einzigen Institut der MPG, das zur Miete wohnt, allerdings in einem Neubau, extra für und mit uns entworfen. Die Fassade erinnert nicht zufällig an Frank Lloyd Wrights Johnson Wax Factory in Racine, Wisconsin. Wie wir den Baugrund und den Investor fanden, ist eine abenteuerliche Geschichte für sich aus dem Kölner Wirtschaftsleben – dem „rheinischen Kapitalismus" –, die man erst wird erzählen können, wenn alle Beteiligten ihre verdiente Ruhe auf dem Friedhof Melaten gefunden haben werden. Geklappt hat es aber.

Übrigens ist ein Großteil unserer Institutsfläche erst nach Jens Beckerts Eintritt in das Direktorium dazugekommen. Unser gemeinsames Forschungsprogramm, das Wirtschaftssoziologie und Politische Ökonomie zusammendachte, ließ sich in der zuständigen Sektion der MPG und gegenüber unserem Fachbeirat gut vertreten, und die Präsidenten der MPG waren und sind aus guten Gründen daran interessiert, die MPG so aufzustellen, dass sie das gesamte Spektrum der Wissenschaften umfasst, von der Mathematik über die Kernphysik bis zu den Geisteswissenschaften, wie die früher mal hießen – heute: Humanwissenschaften.

Generell gefragt: Angesichts der Krisen und Gestaltungsherausforderungen in dieser Zeit der ökonomischen und ökologischen, sozialen und internationalen tektonischen Verschiebungen: Ist das Interesse der Politik an Forschung nicht erstaunlich zurückgegangen mit dem Ende des sozialdemokratischen Zeitalters? Ist die MPG hier auf der Höhe der Zeit? Wie ist das in anderen Ländern, in denen du die Forschungslandschaft überblickst?

Zurückgegangen ist allgemein das Interesse an ergebnisoffener und damit tendenziell kritischer sozial- und geisteswissenschaftlicher Forschung, also Aufklärung über die Relativität des vermeintlich Absoluten, beziehungsweise die Ambiguität und innere Widersprüchlichkeit des Realen. An sogenannter Ressortforschung ist das Interesse gewachsen statt gesunken, auch an zeitgemäßer, also kapitalismusoffener Wirtschaftsforschung mit ihren so gut wie nie zutreffenden regelmäßigen Wachstumsprognosen beziehungsweise -versprechen – die gibt es übrigens in der MPG nicht, weil die infrage kommenden Kollegen alle in den USA unschlagbar besser bezahlt werden. Siehe auch die mittlerweile riesigen Forschungsabteilungen der Zentralbanken. Oder auch, näher an unserem Thema, die umfangreichen, von der Regierung freihändig vergebenen Forschungen zum „sozialen Zusammenhalt" und zur Rettung der „Demokratie", definiert als Mehrheit der „Demokraten" über die „Nicht-Demokraten". Da ist noch viel zu erwarten, auch übrigens bei der Überwachungsforschung im weitesten Sinn im Revier von Palantir.

Welche wissenschaftlichen Interessenlagen sich hier gebildet haben, ließ sich während der Pandemie erkennen. Ich schaffte es, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Artikel unterzubringen, in dem ich vorschlug, anhand der Unterlagen in den Gesundheitsämtern Ansteckungsverläufe mit den Methoden der Soziologie zu rekonstruieren. Nicht einmal die Deutsche Gesellschaft für Soziologie meldete sich, trotz meiner Kritik an der Sprachlosigkeit meiner Disziplin. In der noch von der Ministerin Schavan zur Nationalen Akademie beförderten Hallenser Leopoldina waren gerade mal ein oder zwei Soziologen in der entsprechenden Arbeitsgruppe, die im Wesentlichen nachplapperten, was ihnen von den Modellschlossern und dem RKI, also der Bundesregierung vorgesagt wurde: Lockdown statt Ursachenforschung, Angstverbreitung als Infektionsschutz. Auch hinterher ist da nichts mehr gekommen, was über die Weisheiten des Notstands als Stunde der Exekutive hinausging – von wegen „Aufarbeitung".

Welches waren deine „Herzensprojekte" in den 20 Jahren deiner Direktorenzeit?

Das kann man so nicht sagen. Als Direktor eines MPI kann man sich seine Themen selber aussuchen, und man hat in gewissem Umfang Ressourcen, um seinen Leidenschaften nach Gusto nachzugehen. Als Beckert und ich unsere *International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy* ins Leben gerufen hatten, ergaben sich Themen auch aus den Interessen der Doktoranden, bei mir etwa der Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Familienstruktur, insbesondere Fertilität, oder die Fokussierung auf die Fiskalkrise der Staaten und ihre langfristige Entwicklung. Beides, wie überhaupt das Allermeiste in meiner Forschung, international vergleichend.

Kann man sagen, dass das Modell Deutschland, also der demokratische Korporatismus und die spannungsreiche Kooperation von Arbeit und Kapital, eigentlich durchgehend ein Fluchtpunkt der Arbeit des Instituts war: zunächst in der Ausgestaltung dieses Modells und dann im Verfolg seines Niedergangs?

Beide Eindrücke sind richtig. An Deutschland als Nachzügler auf der Reise der Weltwirtschaft in den Neoliberalismus gab es immer weit über Deutschland hinaus ein Interesse, das ich gerne im Kontext vergleichender politisch-ökonomischer Forschung bedient und dabei viel gelernt habe. Was man über die Jahre allerdings auch lernte, war, dass es solche „Modelle" eigentlich gar nicht gibt, wenn man unter ihnen etwas Feststehendes versteht. Statt um Fotografien geht es hier um Filme; wir reden über Verläufe, nicht Zustände. Heute spricht man in der Spitze der international vergleichenden Politischen Ökonomie nicht mehr von nationalen „Modellen", zumal auch der Spielraum für nationale institutionelle Selbstbestimmung in den drei Jahrzehnten des globalen Neoliberalismus stark geschrumpft ist. Ich habe diese Entwicklung sowohl der Realität als auch der Theorie über diese kürzlich im Schlusskapitel des neuen *Handbook of Comparative Political Economy* im Detail beschrieben.[12]

Am Institut gibt es heute einen Forschungsbereich für Politische Ökonomie und einen für Wirtschaftssoziologie. Wenn das nicht nur organisationspragmatische Gründe hat, sondern systematische: Wie würdest du das Verhältnis oder die Verschränkung der beiden bestimmen?

Beckert und ich haben nie daran gedacht, den Stellenplan des Instituts zwischen uns aufzuteilen, wie es an vielen MPIs gemacht wird. Damit haben wir eine Tradition fortgesetzt, die auf die beiden Gründungsdirektoren, Renate Mayntz als Soziologin und Fritz Scharpf als Politikwissenschaftler, zurückging und die ich im gemeinsamen Direktorium mit Fritz Scharpf fortgesetzt habe. Wir haben das Institut nach Themen geordnet, nicht nach Disziplinen. Bei der Einstellung neuer Mitarbeiter oder Doktoranden haben wir nicht auf die Disziplin geachtet, sondern darauf, was die Person nicht nur zu ihrer jeweiligen Arbeitsgruppe, sondern zum intellektuellen Leben des Instituts

12 „Epilogue: Comparative Political Economy – Past, Present, Future." In *Handbook of Comparative Political Economy,* hrsg. von Marino Regini, 555–73. Cheltenham: Edward Elgar, 2025.

insgesamt würde beitragen können und wollen. Alle reden von Interdisziplinarität; wir machen sie, auf der Grundlage einer genauen Kenntnis der jeweiligen Disziplinen. Unsere Institutskultur zielt auf Synthese, nicht auf gegenseitige Isolierung. Die Synthese ergab sich bei Beckert und mir um Karl Polanyi herum, Ökonom und zugleich Theoretiker der vorökonomischen Gesellschaft, aber auch aus dem Umkreis von Max Weber und Émile Durkheim, und nicht zuletzt aus den historischen Kapiteln in Marx' *Kapital*. Das war völlig unproblematisch, ja äußerst lehrreich für alle Beteiligten. Für mich war Wirtschaftssoziologie eine Zeit lang auch so etwas wie eine Tarnsprache, um meine subversiver werdenden kapitalismustheoretischen Schlussfolgerungen nicht allzu sehr plakatieren zu müssen. Aber eigentlich ist jedes Bestehen auf lebensweltlichen, nichtrationalen sozialen Beziehungen als Grundlage und Widerlager für rationales Handeln im Kapitalismus im Kern subversiv.

Mit der Landnahme der Ökonomie bis in die letzten Ecken und Fasern der Gesellschaft verändert sich das gesellschaftliche Gewebe in Richtung des Thatcher-Satzes, es gebe keine Gesellschaft, nur Individuen. Bekommt die Soziologie dadurch nicht eine neue und radikale Aufgabe: zu erforschen, was der digitale Überwachungskapitalismus den Menschen antut?

Ja, das bekommt sie, und dem müsste sie gerecht werden, auch wenn das staatliche Interesse an speziell kritischer Theorie nie groß war und heute deutlich abnimmt. Eine kritische Soziologie muss es heute mit einer riesigen staatlichen und halbstaatlichen Maschinerie zur Produktion von Konsens oder mindestens Ruhe im Karton aufnehmen – mit Zigtausenden von Spezialisten in sogenannter Kommunikation, die die Weltsicht der Großapparate populär zu machen haben. Tatsächlich aber gibt es überall Kehrseiten, von denen „im Diskurs" keine Rede ist; überall gibt es Interessen daran, nicht weiterzudenken und andere daran zu hindern, es trotzdem zu tun. Deshalb braucht man eine freie Wissenschaft, aber in dem Maße, wie die Wissenschaft sich ihre Freiheit als Aufgabe zu eigen macht, macht sie sich zur Zielscheibe der Konsensfabrikanten. Und die verfügen als Industrie über gigantische Mittel. Das gilt eigentlich rundum für alle Forschungsfelder, die wir zurzeit bearbeiten. Freie Wissenschaft ist ein auf Dauer gestellter Störfall; sie zeigt, dass an den Dingen regelmäßig mehr dran ist, als die Schulweisheit unserer Chefs uns glauben machen will.

Ein Schwerpunkt deiner Arbeit war und ist die Komparatistik. Ergibt die noch Sinn, wenn die internationale Ordnung von zwei oder drei Großmächten dominiert und strukturiert wird?

Das wissen wir ja noch nicht – zum Beispiel welche Rolle mittelgroße Mächte wie Indien, Japan, Brasilien, Deutschland in der neuen Neuen Weltordnung spielen werden. Allgemein ändert sich aber die Logik des Vergleichs. So muss beispielsweise die Position eines Landes in der globalen Ordnung, etwa in der Peripherie oder im Zentrum eines regionalen Imperiums, als mitverursachender Faktor für die Binnenstruktur des Landes in das Erklärungsmodell einbezogen werden usw. Aber da sind wir an der Spitze der Forschung und auf einem guten Weg.

Wie kommt es, dass die ökologische Frage mit einiger, die KI-Wende mit erheblicher Verspätung zum Forschungsgegenstand des Instituts wurde?

Na ja, so schnell schießen die Preußen eben nicht. Man kann nicht alles machen, *pronto e subito*. Wir machen ja bewusst keine Schnellschussberatung. Und wir haben nicht die Personalstruktur, um ein neu aufkommendes Thema schon übermorgen durch neue Beschäftigte bearbeiten zu lassen. So etwas muss wachsen, und man muss aufpassen, dass ein Wandel des Programms die Organisation nicht zerschlägt. Disruption hilft bei uns nicht, wohl aber Evolution, die aber hilft immer. Das MPIfG hat sich zeit seines Bestehens ständig gewandelt, aber so, dass das Alte auslaufen und das Neue auf ihm aufbauen konnte. Und man braucht gute Leute, die sich in einem reinen Forschungsinstitut wohlfühlen. Ich denke, das haben wir als Direktoren, von Mayntz bis Baccaro, ganz gut gelöst. Heute gibt es im Institut erstklassige soziologische und politologische Forschung über den Klimawandel und seine politischen Folgen oder Nicht-Folgen, und nach langer Suche haben wir nun auch eine Person gefunden, die sich mit KI befassen und dazu eine Arbeitsgruppe aufbauen wird, vor dem Hintergrund von und aufbauend auf inzwischen mehr als vier Jahrzehnten von Institutionenforschung am MPIfG.

Theorie und Öffentlichkeiten

Bis zu deinen Erfahrungen mit Politikberatung war ja ein Großteil deiner Arbeiten implizit immer irgendwie doch an Entscheidungsträger gerichtet. Für wen forscht und schreibst du jetzt?

Ja, wer immer es hören will, der höre. Man lebt ja von der Vorstellung, dass es irgendwo da draußen seriöse Interessenten gibt. Warum sollte man sich sonst die Mühe machen?

Eigentlich wollen doch auch zumindest viele der heutigen Nachwuchswissenschaftler nicht im Elfenbeinturm sitzen; sie möchten relevant sein. Würdest du jungen Leuten eher von so einer Art von Verwaltungspolitikberatung abraten? Rufen die politischen Eliten dann nicht eher bei Ernst & Young an als bei irgendwelchen Forschungsinstituten? Und was wäre dann relevante Forschung?

Aus meiner Erfahrung gesagt: Die Experten sind im Kern des politischen Prozesses abgelöst durch die Spin-Doctors. Was Politiker heute gerne haben, sind Wordings: wie kann man etwas so ausdrücken, dass die Leute es gut finden, ohne dass daraus Verpflichtungen erwachsen – nichts Strategisches, orientiert an langfristigen Zielen. Was soll unter heutigen Bedingungen das Ziel von Politik sein? Eine gleichere Gesellschaft vielleicht? Wie soll das denn gehen? Es gibt Situationen, die so verfahren sind, dass du nur noch Slogans von dir geben kannst.

Die Aufgabe einer kritischen Wissenschaft würde ich heute so formulieren: Eine gute Theorie einer bestimmten Politik muss immer auch angeben können, wer das ausführen soll und auf welche Weise du von hier nach da kommst; sonst ist sie nichts als Spielerei, Material für Konversationen nach Feierabend. Wenn du beispielsweise der Europäischen Zentralbank vorschlägst, grüne Investitionen zu fördern, dann solltest du als Politikwissenschaftler wissen, wie politisch konjunkturabhängig sowas ist, und fragen, ob und wie eine solche Politik durchhaltbar ist. Deine Aufgabe besteht dann vielleicht eher darin, entsprechende politische Ankündigungen kritisch auf ihre Tragfähigkeit und Realisierbarkeit und ihre Voraussetzungen hin zu untersuchen. Programme zu machen für Leute, die es gar nicht gibt oder die nicht handlungsmächtig sind, ist auf die Dauer unbefriedigend. Es mag karrierefördernd sein, aber gewissermaßen in einem leeren Raum, in dem du nur noch Echos hörst.

Pläne zu machen oblag in der älteren, programmatischen Politik sogenannten organischen Intellektuellen. Auch wenn sie an irgendeiner Universität lehrten, dachten sie nicht nur im akademischen Raum, sondern standen in enger Verbindung zu Parteien oder einer sozialen Bewegung, die etwas wissen wollten darüber, wo sie hingehen konnten und sollten. In der Thüringer Regierung von 1923 war Karl Korsch so ein organischer Intellektueller. Ebenso war Sinzheimer, der „Vater des Arbeitsrechts", ein organischer Intellektueller; der saß für die SPD in der Nationalversammlung und schrieb die Artikel der Weimarer Verfassung zum kollektiven Arbeitsrecht. Heute gibt es keine Partei mehr, die sowas hat, und keine Gewerkschaften. Und ganz egal, ob wir meinen, wir könnten auf solche Intellektuellen verzichten oder auch nicht – feststellen können wir, dass es sie nicht mehr gibt, weil sie nicht nachgefragt werden. Ich kann hier aus meiner Lebenserfahrung sprechen, als jemand, der sich bemüht hat, in der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften in so etwas wie diese Rolle zu gelangen, auch unter Opferung von Professionalität, denn manchmal sagt man in dieser Rolle halt nichts, obwohl man es weiß.

Gut, man kann Wissenschaft als Herrschaftswissen und Wissenschaft zur kritischen Selbstaufklärung der Gesellschaft hart gegeneinander stellen. Aber auch wenn man weiß, da stehen mächtige Interessen im Wege, kannst du zumindest der Gesellschaft sagen, schaut mal, es ginge, gäbe eine Lösung.

Du sprichst eine ehrwürdige Tradition an, die man als polemische Vorschläge bezeichnen kann. Da kann man dann sagen: Man hätte es machen können, aber sie haben es nicht gemacht. Aber damit das etwas in Gang bringt, brauchst du eine Verstärkungswirkung innerhalb der Gesellschaft.

Okay, die Öffentlichkeit ist sehr kurzatmig geworden. Aber es gibt doch immer noch viele kritische kleine Zeitschriften, die oft als elektronische Zeitschriften aufploppen, Makroskop *und* Jacobin *und was es da alles noch so gibt.*

Ja, vielleicht wird das die Öffentlichkeit, zu der zukünftige kritische Forschung in erster Linie sprechen wird und muss. Eine Art zeitgenössischer Samisdat, im Untergrund der etablierten Medienoligarchie, einschließlich der zunehmend streng sprachgeregelten öffentlich-rechtlichen Informations- und Unterhaltungslieferanten. Diskussionen von unten neu zu organisieren und in Gang zu halten, mit neuen Mitteln, die von den immer weitergehenden Verkürzungen der Wissenschaftsfreiheit weniger betroffen sind. Auf subversive Weise unbequemes wahres Wissen in Zusammenhänge, in denen es zählt, einzuspeisen …

… das wäre zumindest immer noch ein Streben nach praktischer Relevanz, nur dass der Adressat jetzt ein gesellschaftlicher ist …

… aber dann wird auch deine Aufgabe als Wissenschaftler eine andere. Dann geht es darum, die Verschleierungen, die in der offiziellen Politiksprache ständig produziert werden, zu bestreiten. Dann geht es nicht nur um Wahrheitserforschung, sondern auch um Wahrheitsverbreitung. Die Staaten der Gegenwart und die mit ihnen verschachtelten Interessenten verfügen über nahezu unendliche Mittel, die Entscheidungen, die ihre Regierungen für die Gesellschaft treffen, als die einzig möglichen und einzig richtigen darzustellen. Die Aufgabe wäre dann, darauf hinzuweisen, dass da entweder etwas fehlt oder dass es eh gelogen ist. Aber dazu darfst du den „Entscheidern" nicht zu nah sein. Du bist damit immer an der äußeren Grenze des heute sogenannten Diskurses. Du gehörst nicht dazu und kannst dich nur darauf berufen, dass du als Intellektueller eine gewisse Fähigkeit erworben hast, die andere nicht ausbilden konnten, weil sie keine Zeit hatten, Zeitung zu lesen, oder eine schlechte Schule: nämlich die hart erlernte Fähigkeit, komplexe Datenlagen zu überschauen und in ihnen Muster zu erkennen, die andere so nicht sehen und nicht sehen sollen, oder auf Erfahrungen zu verweisen, die vergessen sind. Diese Muster publik zu machen und die offiziellen Wahrheiten kritisch mit ihnen zu konfrontieren, bleibt weiterhin die zentrale Aufgabe nicht nur der Sozial-, sondern aller Human- oder Geisteswissenschaften, in loyaler Opposition gegen eine interessengesteuerte Vereinfachung von Problemen und ihrer Lösung, gegen eine herrschaftstechnische „Reduktion von Komplexität", bei der die Kleinen notwendig im Vergleich zu den Großen den Kürzeren ziehen. Aber dann bist du eben in der Situation nicht mehr des Beraters, sondern des Störenfrieds.

Individuen, Institutionen, Familien

In Re-Forming Capitalism *machst du gleich am Anfang einen Unterschied zwischen zwei Arten, Gesellschaft zu betrachten. Eine nach dem Durkheim'schen Modell der Integration und eine nach dem Modell der von dir so genannten Williamson'schen Institutionen. Kann man sagen, es gibt eine linke und eine rechte Soziologie?*

Nein, so kann man das nicht sagen. Ich würde eher zwischen einer soziologischen Gesellschaftstheorie und einer ökonomistischen Institutionentheorie unterscheiden, in der die Gesellschaft aus Individuen besteht, die nach *rational choice* handeln. Die soziologische Tradition geht anders vor. Sie erkennt, dass Gesellschaften nicht nur durch Politik, durch Staaten, sondern auch durch primäre Sozialbeziehungen und Gemeinschaften zusammengehalten werden und dass sie diese auch brauchen. Es handelt sich nicht um eine individualistische, sondern um eine kollektivistische Theorie. Davon gibt es verschiedene Varianten, aber es wäre sehr schwierig, sie einfach in links und rechts einzuteilen.

Früher glaubte man oft, die Soziologie sei eine revolutionäre Wissenschaft. Man könne dort lernen, wie Gesellschaften zu verändern oder gar zu revolutionieren seien. Dieses Gefühl hatte auch ich ja, als ich als Student nach Frankfurt ging. Je genauer man jedoch hinschaut, desto deutlicher wird, dass eine soziologische Theorie die Wirklichkeit immer im Zusammenhang eines Bestandes von Traditionen und Entwicklungen betrachten muss. Die Vorstellung einer permanenten Urschöpfung der Gesellschaft – als würde der Gesellschaftsvertrag in jedem Augenblick neu geschlossen und beliebig revidiert werden können – hat sich nicht bewährt. Eine Gesellschaft muss sich vielmehr gegen einen solchen Konstruktivismus verteidigen. Würde sie sich ständig neu definieren, verlören ihre Mitglieder jede Art von Sicherheit und Orientierung. Auf Dauer wäre das unerträglich. Man könnte fast sagen: Es wäre ein terroristisches Regime.

An diesem Punkt verschwimmen die Grenzen zwischen links und rechts – siehe Polanyi mit seiner Betonung der Bedeutung sozialer Einbettung. Bei ihm findet sich auch die Einsicht, dass Rechte immer mit Pflichten verbunden sein müssen. Deshalb ist das letzte Kapitel der *Great Transformation* heute für viele moderne, postsozialistische, liberale Linke so schwer zu lesen. Dort heißt es sinngemäß, dass die Befreiung vom Druck der Märkte in einer freien Gesellschaft zugleich neue Verpflichtungen gegenüber dieser erzeugt. Das ist letztlich auch der Kern einer kommunitaristischen Perspektive, der ich mich durchaus verbunden fühle. Eine soziologische Theorie wie die Durkheims besteht darauf, dass es Traditionsbestände gibt, die auf die Zeit vor der Französischen Revolution zurückgreifen und die nicht einfach abgeschafft werden dürfen, sondern in neuer, moderner Form in die gesellschaftliche Entwicklung aufgenommen werden müssen.

Das scheint mir auch heute noch eine wichtige Einsicht zu sein, gerade angesichts der Debatten über Verfassungspatriotismus oder Verfassungsloyalität. Es gibt immer auch andere Loyalitäten: berufliche Loyalitäten, regionale Loyalitäten, lokale Bindungen, ethnische Prägungen, die nicht einfach verschwinden und ohne die man nicht auskommt. Hierher gehört auch mein späteres Interesse am Nationalstaat unter Bedingungen der Globalisierung. Als Soziologe muss man verstehen, dass Volk und Staat zwei verschiedene Dinge sind. Das eine ist ein Geflecht gemeinsamer Erfahrungen und geteilter Beziehungen; das andere eine formale Organisation, ein abstraktes Rechtssystem. Die beiden sind nicht identisch, wenn auch aufeinander bezogen.

Es hilft nichts, ethnische oder kulturelle Identitäten einfach wegzudefinieren. Sie existieren. Die eigentliche Kunst moderner Staatlichkeit besteht darin anzuerkennen, dass die meisten Nationalstaaten längst multinational sind und dass ihre Verfassungen Wege finden müssen, mit dieser inneren Vielfalt umzugehen. Auch deshalb bin ich davon überzeugt, dass die sogenannte europäische Integration nur dann dauerhaft funktionieren kann, wenn die Mitgliedstaaten so starke Rechte behalten, dass Europa eher einem multinationalen Kontinent ohne eigentliche Zentrale als einem noch so dezentralisierten Einheitsstaat gleicht. Je größer die Diversität wird, desto mehr Kompetenzen müssen delegiert werden. Das gilt für große Staaten und noch mehr für Westeuropa als Ganzes.

Wer in diesem Sinn betont, was ich die primäre Gesellschaftlichkeit oder auch Partikularität des Menschen nennen würde, wird heute leicht beschuldigt, die Leute zum Hass auf andere zu erziehen. Das ist natürlich Unsinn. Die ganze menschliche Geschichte ist eine von überschrittenen Grenzen, überschritten, weil wir die jeweils anderen interessant finden und von ihnen lernen wollen. Aber überschritten wird immer aus irgendetwas Bestimmtem heraus, das bestehen bleibt, nur verändert und, hoffentlich, bereichert, sofern den beteiligten Gemeinschaften die Zeit gelassen wird, sich nach ihren eigenen Regeln aus sich heraus umzuwälzen.

In Re-Forming Capitalism heißt es irgendwo, leicht bedauernd: Der Kapitalismus ist zur Kultur geworden. Und es gibt ein paar Seiten über die Auswirkungen fortschreitender Ökonomisierung auf Familien und private Lebensformen. Dort beschreibst du beinahe karikaturhaft ein Mittelschichtspaar, das den ganzen Tag arbeitet, sein Kind im SUV in die Kita bringt und abends noch eine halbe Stunde „quality time" organisiert. Wie viel Konservatismus steckt in so einer Kritik am Kapitalismus?

Kapitalismus, als „schöpferische Zerstörung" (Schumpeter), ist immer von zwei Seiten, aus konservativer wie aus progressiver Perspektive, sowohl kritisiert als auch gefeiert worden. Das gilt eben nicht nur für das Produktionssystem, sondern auch für alle überlieferten Institutionen, also auch die Familie. Heute geht in allen durchkapitalisierten Gesellschaften die Geburtenrate dramatisch zurück. Dazu kann man nun ganz verschiedene Ansichten haben. Eine modernistische Ansicht wäre: Kinder sind eine Belastung, sie halten Menschen, besonders Frauen, vom „Arbeiten" ab – Arbeit als identisch mit Erwerbsarbeit –, schränken Konsummöglichkeiten ein – Fernreisen usw. – und verlangen lebenslange Zuwendung. Ein Kind kann man nicht zurückgeben oder auf eBay zum Verkauf anbieten, auch wenn es einem nicht mehr gefällt: zu klein, zu dick, zu schlecht in der Schule. Wenn du das mal bestellt hast, in einem unbedachten Augenblick, musst du dich die nächsten zwanzig Jahre um es kümmern. Die soziologisch interessante Frage ist also, inwieweit die Welt des Konsumenten mit all ihren Wahlfreiheiten vereinbar ist mit der Welt von familiären Bindungen. Und was hat das für Konsequenzen für die Selbstdefinition von Menschen und so weiter. Nirgendwo gibt es da eine klare Unterscheidung zwischen rechts und links. Wir als Soziologen müssen verstehen, welche Art von sozialen Bindungen auf welche Weise in welcher Gesellschaft zustande kommt. Und wenn wir moderne Gesellschaften angucken, dann müssen wir fragen, welche Art

von solchen Bindungen der Kapitalismus als Reproduktionsmechanismus dieser Gesellschaft noch zulässt. Und welche Folgen hat das möglicherweise für die Stabilität oder Instabilität dieser Gesellschaft, wenn du dir nicht mehr vorstellen kannst, dass da etwas nach dir kommt, das irgendwie von dir abstammt, mit dir verbunden ist. Dann bist du ja von der Gesellschaft der Zukunft zeitlich und sozial abgeschnitten und hast keine Verantwortung mehr dafür. Die kannst du immer noch übernehmen, aber spontan kommt die nicht mehr. Und das geht über die Familie hinaus, in Lebenssituationen, in denen sich kollektive Zukunftsvisionen nicht mehr auftun, anders als für die alte Arbeiterbewegung: „Wir wollen aus der Scheiße raus und wir wollen, dass es unseren Kindern besser geht als uns." Heute kannst du das gar nicht mehr so sagen; die Leute sind mit Konsumieren schwer genug beschäftigt und die Vorstellung, dass es den Kindern mal besser geht, ist ohnehin vorbei. Und das ist in allen diesen reichen kapitalistischen Gesellschaften überall gleich. In der London Review of Books gab es vor etwa einem Jahr einen aufregenden Aufsatz: „Are We Doomed?"[13], von David Runciman, über das einsame Sterben alter Menschen ohne Nachkommen in Japan. Ein Albtraum. Da gibt es Firmen, die durchsuchen die Hochhäuser, um Apartments zu finden, in denen jemand allein gestorben ist und den man dann vergessen hat. Dystopisch, ja.

Europa als Möchtegernstaat

In den 90er-Jahren hast du angefangen, dich mit der Frage zu beschäftigen, ob es eigentlich so etwas wie ein soziales Europa geben kann, eine Konfiguration, die die sozialen Errungenschaften des Nationalstaats auf die europäische Ebene hebt. 1992 wurden mit dem Maastrichter Vertrag sehr große Hoffnungen verbunden, auch dahingehend, dass auf europäischer Ebene ein sozialer Dialog zwischen Arbeitgeberverbänden und europäischen Gewerkschaftsverbänden entstehen könnte. Das hast du mit einiger Skepsis begleitet.

Zunächst möchte ich daran erinnern, dass ich mir in den 1980er-Jahren nicht nur theoretisch, sondern auch beratend bei der IG Metall vorgestellt habe, dass man die Europäische Gemeinschaft, später EU, als eine Art von Rückhaltemechanismus benutzen könnte, um neoliberale Tendenzen innerhalb der Nationalstaaten einzudämmen. So kam es zu meiner Sequenz von kritischen Analysen der Europapolitik. Die waren zunächst bezogen auf die sogenannte soziale Dimension, die Hoffnung auf die EU als Träger und Treiber einer supranationalen Sozialpolitik. Die damalige Europäische Gemeinschaft war in den 1970er-Jahren zum Teil ja auch ein Versuch gewesen, die zaghaften sozialdemokratischen Bestrebungen auf der Ebene der Nationalstaaten supranational zu verankern. Aber sie hatte niemals die Kapazitäten, die neoliberale Welle, die

13 David Runciman: „Are We Doomed?" *London Review of Books* 47 (21), 20. November 2025. https://www.lrb.co.uk/the-paper/v47/n21/david-runciman/are-we-doomed

über alle Staaten hinwegging, aufzuhalten. Am Ende sind dann alle Pläne gescheitert, beispielsweise so etwas wie Mitbestimmung auf europäischer Ebene zu verankern, etwa mit der Vredeling-Direktive.

Mit Philippe Schmitter zusammen habe ich Anfang der 90er-Jahre untersucht, ob da eigentlich ein Unterbau von handlungsfähigen Organisationen entstand, der die tripartistische Struktur des liberalen Korporatismus auf europäischer Ebene abbilden konnte. Das Ergebnis war: Das sehen wir nicht, eher das Gegenteil.[14] Wenn du als Sozialwissenschaftler etwas siehst, was andere nicht sehen oder nicht sehen wollen, dann darfst du nicht um des lieben Friedens willen so tun, als sähest du es auch nicht.

Zusammen mit Jelle Visser in Amsterdam haben wir die Internationalisierung der europäischen Wirtschaftsverbände untersucht und konnten beobachten, wie diese sich als Arbeitgeberverbände auflösten.[15] Für eine wachsende Zahl von Großunternehmen war Europäisierung eine willkommene Gelegenheit, aus der nationalen Verbandsdisziplin auszubrechen, wobei sich in vielen Sektoren die einzelnen Unternehmen, nach amerikanischem Vorbild, als Lobby aufstellten und ihre Interessen selber vertraten.

Seitdem erschien mir „Europa" zunehmend als ein Instrument, um die Widerstände gegen den Übergang zu einer „angebotsorientierten" Wirtschaftspolitik, wie das damals hieß, und damit zur Globalisierung auszuhebeln. Schmitter und ich haben über Jahrzehnte eng zusammengearbeitet. Er war einer der ersten, die über europäische Integration geschrieben haben; zugleich war ihm klarer als anderen Politikwissenschaftlern, wie wichtig das kollektive Element von Demokratie – der zweite Kanal politischer Beteiligung in der kapitalistischen Demokratie der Nachkriegszeit – für die Stabilität der europäischen Gesellschaften war.

Und mehr und mehr ist mir klar geworden, dass da ein grundsätzlicheres Problem besteht, nämlich das Problem der gemeinsamen Regierbarkeit eines Konglomerats von etablierten Nationalgesellschaften mit eigenen Traditionen und Problemen und innenpolitischen Kräfteverhältnissen sowie die Frage, was eigentlich gewonnen ist, wenn man eine einheitliche Sozialpolitik beispielsweise für Bulgarien und Dänemark macht, selbst wenn man sie machen könnte. Die unterschiedlichen sozialen Ordnungen in den verschiedenen Ländern beruhen ja nicht nur auf beliebig änderbaren Gesetzen, sondern auf eingelebten gesellschaftlichen Verhältnissen und Praktiken, etwa Systeme der Patronage innerhalb der politischen Parteien und so weiter. Da kann man denen nicht einfach sagen, wir machen jetzt hier in Brüssel ein Gesetz für euch und von da an macht ihr das wie darin vorgeschrieben.

---

14 „From National Corporatism to Transnational Pluralism: Organized Interests in the Single European Market (mit Philippe C. Schmitter)." *Politics and Society* 19 (2): 133–64 (1991).

15 „Conclusions: Organized Business Facing Internationalization (mit Jelle Visser)." In *Governing Interests: Business Associations Facing Internationalization,* hrsg. von Wolfgang Streeck, Jürgen R. Grote, Volker Schneider und Jelle Visser, 242–72. London: Routledge, 2006.

Hier am Institut gab es vor langen Jahren Forschung, geleitet von Gerda Falkner, über die Umsetzung europäischer Direktiven in den Mitgliedsländern, die deutlich machte, wie sehr das Bild von einer gemeinsamen europäischen Regierung ein Trugbild war, ein Theater einer illusionierten gesamteuropäischen Regierbarkeit. Die Autoren haben das, anders als ich, in der klassischen Manier der damaligen „Europaforschung", als Aufforderung zu „mehr Europa" verstanden. Heute geht das glücklicherweise nicht mehr so einfach.

Der nächste Schritt ist dann, zu fragen: Was ist die latente Funktion der Konstruktion, im Unterschied zur manifesten Funktion, deren Erfüllung man zwar nicht beobachten kann, aber wo es zum guten Ton gehört, so zu tun, als sei es so, oder zu sagen: In Zukunft wird es dann so werden. So gesehen erscheint dieses immer weiter wachsende, mittlerweile riesige Brüsseler Gebilde als eine Gelegenheit für die nationalen Regierungen, ihre Verantwortung nach oben, weg von ihnen selber, zu verlagern, wenn Probleme ihnen politisch unlösbar oder unbequem erscheinen. Dass Deutschland sich über Jahrzehnte nicht zu einer konsistenten Einwanderungspolitik hat durchringen können, kann dann der EU angelastet werden.

Dein Argument lautet, dass es Europa nicht gelingen kann, den Nationalstaat progressiv und sozial zu überwinden. Politik ist eingeklemmt: auf der einen Seite der globale Neoliberalismus, der Kapitalstaat sozusagen, der ein soziales Europa verhindert, und auf der anderen Seite die traditionalistischen und regionalen Beharrungskräfte, die kein Europa wollen. Dass du viele Leute irritierst, liegt daran, dass du diese Analyse bietest – und keinen Ausweg aus diesem Dilemma aufzeigst.

Ja, aber das ist nichts Neues. Man muss Probleme beschreiben können, ohne zu wissen, was ihre Lösung ist, oder ohne dass ein allgewaltiger Problemlöser vorgesehen ist. Man muss auch fragen können, ob Institutionen, die versprechen, eine Gesellschaft gegen die zerstörerischen Kräfte eines kapitalistischen Fortschritts in Schutz zu nehmen, nicht tatsächlich gerade diese Kräfte freisetzen. Wenn der Nationalstaat durch den Supranationalstaat nicht geschützt werden kann oder gar den Supranationalstaat einlädt, ihm bei der Entfesselung der kapitalistischen Entwicklungsdynamik behilflich zu sein, muss soziale Gegenwehr von unten kommen, als Gegenbewegung. Aber darüber, wann die Dysfunktionen einer bestimmten Lebensweise und einer bestimmten Ordnung so groß werden, dass sie anomisch beziehungsweise unregierbar werden, kann man nur spekulieren. Ein bisschen erinnert das an die Definition einer revolutionären Situation bei Lenin als eines politischen Zustands, in dem die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Heute sehen wir bemerkenswert viele Fälle, wo die oben nicht mehr können …

… dazu muss man nur täglich Zeitung lesen …

… und zunehmend ebenfalls Fälle, wo die unten nicht mehr wollen. Ein Beispiel unter anderen: Es scheint so zu sein, als hätten Unternehmen in den insgesamt reichen,

innen aber immer ungleicheren kapitalistischen Ländern neuartige Probleme mit der sogenannten Arbeitsmotivation der Beschäftigten. Ich denke, dass wir es da mit einer Tendenz zu etwas zu tun haben könnten, das ich Neo-Subsistenzialismus nennen würde – man arbeitet nur so viel, dass man ein gegebenes Konsumniveau abdecken kann, Marktlohn und Soziallohn zusammengerechnet. Das könnte zum Problem werden, denn die Devise des Kapitalismus ist bekanntlich, mit Olli Kahn: „Weiter, weiter, immer weiter!" Nicht nur das Kapital muss sich ja ständig vergrößern, sondern auch der Arbeitende muss denken, er vergrößert sich ständig, wenn er immer mehr konsumieren kann oder auch für seine Kinder mehr aufhäufen kann. Du kannst keinen Kapitalismus haben, ohne dass die Nicht-Kapitalisten engagiert mitwirken. Und wenn die Konsumlust nachlässt und dazu die Unterfütterung durch primäre soziale Bindungen so zurückgeht, dass sich keine sinnvolle Anstrengung oder Transzendenz, über das hinaus, was man gerade hat, mehr ergibt, dann ist das für eine kapitalistische Wirtschaftsweise ein Problem. Zufriedenheit mit dem, was man hat, „Bescheidenheit", ist für den kapitalistischen Produktionsprozess gefährlich, weil er ein Wachstumsprozess sein muss. Die Methoden, mit denen das kapitalistische Wachstumsregime den Lohnarbeitern beigebracht hat, dass sie mehr arbeiten müssen, als sie „brauchen", und mehr brauchen, als sie jetzt bekommen, haben über die Jahrhunderte gewechselt, vom Bauernlegen bis zum Konsumentenkredit.[16] Wenn genügend Leute die Merz'sche Forderung: Wir alle müssen mehr arbeiten, damit es uns gut geht, für sich nicht gelten lassen wollen, auch weil sie keine Familie haben, für die sie sorgen müssen, oder weil im Gegenteil ihre Familie den Löwenanteil ihrer Zeit beansprucht, entstehen politische Regierbarkeitsprobleme. Du kannst keinen Kapitalismus ohne fleißige Arbeiter haben – „dedicated workers" hieß das mal –, auch keinen ohne fleißige Konsumierer.

Europa als Staatenverbund

In deinem Buch Zwischen Globalismus und Demokratie *beschreibst du nicht nur eine auf Dauer unhaltbare Problemkonstellation, sondern gibst durchaus auch eine positive Vision der europäischen Vergesellschaftung: etwa einen Staatenverbund, der nicht ständig zum Bundesstaat kippt, oder flexible Integrationsprojekte. Du skizzierst vielleicht nicht den Weg, wie wir dorthin gelangen, aber das ist doch eine positive Vision.*

Ja, das stimmt. Zwanzig Jahre lang habe ich zu zeigen versucht, dass und in welchem Sinn diese Europäische Union als Konstruktion sich auf einem Irrweg befindet. Mit der Frage, was stattdessen sein solle, habe ich mich kaum beschäftigt. Das hat mich weniger interessiert als die Beobachtung, dass dieses Gebilde nicht so funktioniert, wie es selbst von sich behauptet.

16 „Niemand wird freiwillig Arbeiter." In *RE: Das Kapital: Politische Ökonomie im 21. Jahrhundert,* hrsg. von Mathias Greffrath, 111–28. München: Antje Kunstmann, 2017.

Inzwischen befinden wir uns jedoch in einer Situation, in der sich die alte Weltordnung in eine multipolare Ordnung auflöst. Man schaut nach China, sieht soziale Wohlverhaltens-Scores und anderes und denkt: Das wollen wir auf keinen Fall. Und die Vereinigten Staaten werden auf Jahrzehnte mit den Fehlentwicklungen ihrer eigenen Gesellschaft beschäftigt sein. Heute ist das eine Gesellschaft im Verfall. Dann fragt man sich schließlich doch, wie Europa, genauer: das westeuropäische Staatensystem, in diesem Kontext anders und besser aussehen könnte, und das nicht nur in Bezug auf die jetzige Konstruktion. Es geht nicht darum, was man sich in und für Brüssel wünscht, sondern um die soziologische Grundfrage, ob dieses Gebilde – ein neues europäisches Staatensystem – ein genossenschaftliches sein kann oder nur ein herrschaftliches.

Max Weber hatte in seiner Herrschaftssoziologie für Genossenschaften nicht viel übrig. Nach dem Ersten Weltkrieg haben Otto Hintze und andere gegen seine Vermutung argumentiert, dass jedes soziale Gebilde auch ein Herrschaftsgebilde sein müsse – traditional, rational oder charismatisch. Mit Webers Kritikern muss es erlaubt sein, sich den Gedanken zu gönnen, dass aus den vielen europäischen Ethnien und Sprachen so etwas wie ein Commonwealth unabhängiger Staaten werden könnte. Deren freiwillige Kooperation auf von ihnen gewählten Gebieten könnte von einer gemeinsamen Beratungsagentur unterstützt werden, die diese Staaten selbst für sich einrichten würden – so etwas wie eine genossenschaftliche Alternative zur Europäischen Kommission, als Nachfolgerin derselben. Wenn etwa die Schweiz, Deutschland und die Niederlande gemeinsam eine Eisenbahn bauen wollten, könnten sie dort klären lassen, welche Verträge sie dafür brauchen. Wie muss geplant werden? Welche rechtlichen und technischen Voraussetzungen gibt es? Eben das nannte Polanyi in dem Artikel von 1945, auf den sich mein Globalismus-Buch immer wieder bezieht, regionale Planung: die Ablösung von Imperialismus durch Kooperation.

Brüssel würde dann zu einer Clearingstelle.

Ja. Oder ein öffentliches Consulting-Unternehmen. Die Staaten könnten dorthin gehen und sagen: Wir wollen einen Kanal von hier nach dort bauen. Welche avancierten Technologien für Planung und Bau stehen zur Verfügung? Welche rechtlichen Fragen stellen sich? Es wäre eine Art ausgelagerter gemeinsamer Planungsstab.

Wenn man das hört, kann man sich fragen, ob Zwischen Globalismus und Demokratie *wirklich in eine EU-skeptische Schublade gehört. Die Vision, die du skizzierst, ist gar nicht so weit von der real existierenden EU entfernt. Wenn die Europäische Union sich nur noch um das kümmerte, wo wirklich transnationale Probleme zu lösen sind, könnte ein Staatenverbund, wie du ihn dir vorstellst, doch durchaus mit ungefähr den Institutionen funktionieren, die die Europäische Union heute hat.*

Darauf gibt es zwei Antworten. Zum einen kann man für rhetorische Zwecke durchaus sagen: Ja, es gäbe dann weiterhin eine Europäische Union, aber sie würde anders funktionieren. Insofern wäre das eine Reformperspektive, nicht einfach eine

Abschaffungsperspektive. Zum anderen aber würde sich die Sache in der zwischenstaatlichen Dynamik und im Verhältnis zwischen Brüsseler Zentrale und Nationalstaaten qualitativ ganz anders darstellen und wäre insofern eine Revolution. Denn in der EU von heute gibt es eine eigenartige Dualität: einerseits eine bürokratische beziehungsweise technokratische supranationale Ermöglichungsinstanz, andererseits die Versuchung sowohl der europäischen Bürokratie als auch der größeren Nationalstaaten, diese für eine Art imperialer Steuerung der anderen Staaten einzusetzen. Auf dem formal egalitären Vertragsboden sitzt dann der Anspruch der Zentrale, beispielsweise Ungarn vorzuschreiben, wie es den Sexualunterricht in seinen Schulen gestaltet, oder Spanien, wie es seine Landwirtschaft reguliert, oder Deutschland, wie es seine Autobahnen zu finanzieren hat. Das sind unterschiedliche Logiken: eine bürokratische und eine imperiale. Hinzu kommt, wie gesagt, die Versuchung der nationalen Regierungen, Probleme, die sie selbst nicht lösen können oder wollen, nach oben zu delegieren. Dann verlangt man nach neuen europäischen Maßnahmen, obwohl alle wissen, dass das praktisch nicht funktioniert. Hierin sieht die Forschung am Institut – Martin Höpner! – ja auch eine Ursache für die exzessive unionale Normenproduktion. Wenn man diese Seite der europäischen Medaille abschaffen könnte, könnten wir vielleicht eine Struktur aufbauen, in der die vielen Staaten, die zum europäischen Staatensystem gehören und gehören wollen, ihre vielfältigen kooperativen Projekte vernünftig organisieren könnten, nicht erzwungen auf Grundlage irgendwelcher vor Jahrzehnten revisionsfest geschlossener Verträge, sondern freiwillig unter Gleichen nach einsichtigen gemeinsamen Interessen und Bedürfnissen.

Das heißt, die Nationalstaaten, die man nicht auflöst, müssten in der Lage sein, sich seitwärts mit anderen Staaten zu koordinieren, Kooperation zu organisieren, und gleichzeitig müssten sie mit ihren eigenen Bevölkerungen auf gutem Fuß stehen, sowohl mit den progressiven wie auch mit den reaktionären Trieben und Antrieben ihrer Bürger, damit die mitmachen, auch wenn es Zumutungen und schmerzhafte Umverteilungen gibt.

Ja, ihnen soll nicht erspart bleiben, dass sie mit Heterogenität umgehen müssen. Der Unterschied ist nur, dass das Ausmaß an Heterogenität, das ein Nationalstaat verarbeiten muss, immer noch viel kleiner ist als die Heterogenität, die eine supranationale Regierung bearbeiten müsste. Ich habe das in dem Buch anhand von Herbert Simons Modell der Zerlegung von Komplexität beschrieben.

Ein Beispiel unter anderen wäre der italienische Nationalstaat. Der hat mit großen Schwierigkeiten gelernt, mit der deutschsprachigen Bevölkerung südlich des Brenners zurechtzukommen, es möglich zu machen, dass sie in einem italienischen Staat leben und gut leben. Es gibt immer noch Friktionen, es ist nicht immer einfach, es gibt nationalistische Hitzköpfe, die nicht dulden wollen, dass es da eine eigene Sprache und Kultur gibt. Gleichzeitig gibt es ein interessantes internationales Geflecht von Verträgen, die es den Südtirolern möglich machen, in einem italienischen Staat zu leben. Die Italiener akzeptierten, dass Österreich als Garantiestaat für das Autonomiestatut des Alto Adige (der Provinz Bozen) fungiert, nach all den Kriegen.

Alles schwierig genug. Aber wenn man nun Brüssel damit beauftragen wollte, die noch komplizierteren Beziehungen zwischen, sagen wir mal, Bulgarien, Rumänien und Ungarn neu zu ordnen, sozusagen von oben, wäre das völlig hoffnungslos; nur die Beteiligten selber können das, wenn sie es können und wollen, auch kein europäisches Gericht.

Der Druck zu weiterer Integration geht, so scheint es, vor allem von der Notwendigkeit einer europäischen Außenpolitik aus. Zwischen Amerika, das wir nicht werden wollen, und China, das wir auch nicht werden wollen, muss Europa seinen eigenen Lebensstil, seine Demokratie und seinen Kapitalismus verteidigen. Dazu sind doch wohl starke gesamteuropäische Institutionen nötig, oder nicht?

Da bin ich ganz anderer Ansicht. Zunächst mal: Was heißt europäischer Lebensstil? Da gibt es doch erhebliche Unterschiede, zwischen Schweden und Rumänien zum Beispiel. Und dass wir etwas für nötig erklären, heißt ja nicht, dass es auch möglich ist. Diese Denkweise, die ich funktionalistisch nenne, muss man sich radikal austreiben. Was nicht geht, das geht nicht, und dann muss man sich eben etwas anderes überlegen.

Im Übrigen ist es ja nicht so, dass es für ein System kooperierender souveräner Nationalstaaten, das, was ich etwas wagemutig Keynes-Polanyi-Staaten genannt habe, also für zwischenstaatliche Genossenschaften nach Art von Otto Hintze, kein Beispiel gäbe. Ich denke an den Nordic Council, der nach dem Krieg entstand. Die an ihm beteiligten nordischen Staaten hatten keine Passkontrollen mehr, aber eben auch keine bürokratisch-juristische Zentrale wie Brüssel. Skandinavier sind stark nationalistisch, und Norweger würden sich nie wieder von irgendwelchen Dänen regieren lassen.

Nun kann man fragen, ob sich dieses Modell des Nordic Council übertragen und erweitern lässt, und die Folgefrage wäre dann: Was ist mit Russland? Meiner Ansicht nach ist klar, dass wir als Europäer und vor allem als Deutsche, solange wir in einer Frontstellung gegenüber Russland verharren, von den Vereinigten Staaten abhängig sind. Und die werden eine bestimmte staatliche und ökonomische Organisationsform in Westeuropa verlangen, Europa als zweites Bein der amerikanischen Vorherrschaft. Demgegenüber würde stehen, was von Gorbatschow über Jelzin bis zum frühen Putin das „Gemeinsame Europäische Haus" hieß, bis 2008, als die zukünftige Aufnahme der Ukraine in die NATO de facto beschlossen wurde. Von da an war Krieg, und mit dem Gemeinsamen Europäischen Haus, einer friedlichen Koexistenz „von Lissabon bis Wladiwostok", war erst mal Schluss.

Nicht gut, aber das sind jetzt tempi passati.

Nein, das sehe ich anders. Wenn wir von den USA unabhängig sein wollen, müssen wir verhindern, dass die russische Westgrenze zu einem neuen Eisernen Vorhang wird, mit Aufrüstung bis an die Zähne auf beiden Seiten. Das kostet viel Geld und birgt die Gefahr, dass irgendwas außer Kontrolle gerät. Hier müsste man noch einmal in Angriff nehmen, was Genscher damals als Außenminister mit der KSZE-Schlussakte fertiggebracht hat,

übrigens einschließlich eines Bekenntnisses der damaligen Sowjetunion zu elementaren Menschenrechten, das nicht unerheblich dafür war, dass sich im Ostblock später tatsächlich etwas geändert hat.

Kann der Soziologe Streeck erklären, wie es dazu kommt, dass Zweifel an der Integrationsstrategie der EU publizistisch und wissenschaftlich so gerne als Nationalismus, als chauvinistisch oder reaktionär ausgelegt werden?

Die eine Antwort ist etwas plakativ: Wenn man sich von einem Argument bedroht fühlt, weil man darauf nicht überzeugend antworten kann, denunziert man es. Die Denunziationsmaschinen stehen überall bereit. Hinzu kommt, dass eine selbsternannte Progressivität, die immer weiter in eine Sackgasse gerät, irritiert reagiert, wenn man ihr sagt: Westeuropa ist kein historisches Material, das man einfach zu einem Superstaat zusammenkleben kann. Man muss die Existenz dieser unterschiedlichen, ja was: Völker, Ethnien?, respektieren und als soziologische Wahrheit akzeptieren, dass man die Unterschiede zwischen ihnen nicht einfach abschaffen kann.

Die meisten Polen werden die Deutschen nie lieben. Sie wollen nicht wie die Deutschen leben oder in einem im Wesentlichen von Deutschland gestalteten Europa. Umgekehrt bekommen die Deutschen Angst, wenn UniCredit die Commerzbank übernehmen will. Politik muss mit den tatsächlichen Befindlichkeiten und Erwartungen der Menschen rechnen. In einer familialistischen Gesellschaft, und dort vor allem auf dem Land, erwartet man, dass man mit dem Bürgermeister persönlich darüber sprechen kann, wie dem Neffen, der es zu nichts zu bringen scheint, mit einem Job geholfen werden kann. In Schweden müsste man sich bei einem solchen Manöver womöglich wegen versuchter Bestechung vor Gericht verantworten.

Schau dir die Länder der Europäischen Union an: Überall nehmen die Stimmenanteile irgendwelcher chaotischer rechtsnationalistischer Parteien zu. Jetzt kann man das moralisch verwerflich finden. Man kann aber auch als Soziologe sagen: Das ist doch erstaunlich. Warum ist es dasselbe in allen Ländern, zur gleichen Zeit? Und dann sieht man, dass der Widerstand gegen diese Art von zentralistischer Vereinigung immer weiterwächst. Da kann man dann sagen: Die sind falsch informiert, da müssen wir einen herrschaftsfreien Diskurs abhalten, damit sie es begreifen: bessere Kommunikation! Man kann aber auch sagen: Da scheint etwas am Werk zu sein, im wirklichen Leben. Und das ist erstens, dass die Zentrale ihnen keine Zukunftsperspektive bieten kann, in der sie gut leben können. Und das andere ist, dass sie Angst haben, dass die Lebensformen, in die sie eingebettet sind, verschwinden und sie nichts erkennen können, das an ihre Stelle gesetzt wird. Wir können denen ja nicht sagen: Wir haben was Besseres, kommt doch aus euren Landgemeinden raus, wir haben euch die Welt zu bieten, wie Houellebecq sie in seinen Büchern beschreibt. Da sagen sich die Leute: Das möchte ich lieber doch nicht, „I would prefer not to", wie Bartleby der Schreiber, lasst mich damit in Frieden. Die haben Angst um das, was sie haben, und um die Sicherheit, die ihnen ihre unvermeidlich unvollkommenen Institutionen bieten.

Wie wird der Kapitalismus enden?

Wenn du in den letzten Jahren viel zitiert und gelesen worden bist, auch und gerade außerhalb der Zunft, dann wegen einer Reihe von Veröffentlichungen, die in vielen Sprachen erschienen sind, mit der Frage „How Will Capitalism End?" als rotem Faden.

Ich muss mich für diese Frage nicht entschuldigen. Sobald man verstanden hat, dass Soziologie die Gesellschaften in historischen Zusammenhängen untersuchen muss, ist im Grundsatz klar: Alles, was an gesellschaftlicher Organisation existiert, wird irgendwann wieder verschwinden. Wenn man es so fasst, lautet die Frage eigentlich nicht, ob diese Gesellschaftsformation enden wird, sondern wie und wann, und mit welchen Übergängen zu was?

Für Max Weber war der Kapitalismus eine europäische Gesellschaftskonfiguration, wie sie nirgendwo sonst entstanden ist, verbunden mit Lebensweisen, die es zuvor nirgendwo anders gegeben hatte, und er stellte schon früh die Frage, wie lange das eigentlich so weitergehen könne. Überhaupt muss man sagen: Alle großen Theoretiker des Kapitalismus erwarteten, dass der Kapitalismus noch zu ihren Lebzeiten enden würde – Marx, Weber, Luxemburg, Hilferding, Sombart, Schumpeter, Polanyi. Sie mochten seine Lebensdauer unterschätzt haben, aber alle hielten ihn für eine zeitweilige Erscheinung.

Bis die amerikanische Soziologie auf die Bühne trat.

Ja. Die amerikanische Soziologie der 60er-Jahre behandelte den Kapitalismus praktisch als die normale Lebensform des Menschen: Fortschritt, immer mehr, alles besser, alles billiger, und schließlich die ganze Welt. Man war dann irritiert, dass die Vietnamesen und andere da anscheinend nicht mitmachen wollten – so irritiert, dass man sie um ihrer Modernisierung, also ihrer Einbeziehung in die kapitalistische Akkumulationsmaschine willen mit Krieg überzog. Einen anderen Grund gab es nicht. Wie hätte Vietnam die Vereinigten Staaten bedrohen können? Die enge Kopplung kapitalistischer Expansion an militärische Gewalt haben damals eigentlich nur die Marxisten gesehen.

Lassen wir das beiseite und fragen: Wie wird der Kapitalismus enden? Ich denke, dass man das als politisches Problem beschreiben muss. Es geht nicht nur darum, dass irgendwelche Profitraten fallen. Marx beschreibt den Kapitalismus als historisch-soziologisches Phänomen: wie dieser Mechanismus einer als grenzenlos imaginierten Akkumulation von Kapital zum Zweck einer Fortsetzung derselben in Gang gesetzt wurde und welche Bruchstellen sich in der Folge ergeben und welche Krisenphänomene. Eine der im ersten Band des *Kapitals* beschriebenen Entwicklungslinien ist die gesellschaftliche Erzeugung der modernen Arbeiterklasse. Wie kommt es, fragt Marx, dass Menschen auch nach dem Ende des Feudalismus hart arbeiten, damit andere reich werden – damit, in anderen Worten, gemeinschaftlich erarbeitetes Kapital als Privateigentum in den Händen von Privateigentümern landet, die es einsetzen, um ihr Eigentum immer weiter zu vermehren? Heute kann man die Frage so formulieren: Wie lange und warum

werden die Menschen, die in diesem System dafür sorgen, dass die Elon Musks und die Jeff Bezos und die übrigen Oligarchen immer reicher werden, das noch tun? Wie lange werden sie ordentlich und pünktlich zur Arbeit kommen, den Stress am Arbeitsplatz und um ihn herum ertragen und mit dem zufrieden sein, was man ihnen bezahlt? Ohne das läuft das System nicht.

Das heißt, du gehst davon aus, dass eine Welt aus Coping, Hoping, Doping und Shopping – also Anpassung, Hoffnung auf Aufstieg, Betäubung und Konsum – daran scheitern wird, dass in den Menschen doch etwas ist, das sich wehrt. Das kann allerdings auch blutig ausgehen.

Ja. Als Sozialwissenschaftler, jedenfalls aber als Person habe ich die unerschütterliche Überzeugung, dass Menschen sich nicht alles gefallen lassen. „You can fool some of the people all of the time and all of the people some of the time, but you cannot fool all of the people all of the time" – so soll Abraham Lincoln es gesagt haben. Ich glaube nicht, dass irgendeiner auf eine Tribüne steigen und sagen kann: So, der Kapitalismus ist beendet. Eher wird es einen tiefgehenden Legitimitätszerfall geben, eine Art von sozioökonomischem Partisanenkrieg, der nicht unbedingt mit Waffen ausgetragen werden muss, vielleicht mit passivem Widerstand, etwa wenn es um neue Verteilungs- und Belohnungsstrukturen geht.

Du weist auf inhärente Instabilitäten im Kapitalismus hin, auf Problemzonen. Gleichwohl bleibt es eine Abfolge von Phasen des Kapitalismus; unsere französischen Kollegen reden von einer Abfolge von Akkumulationsregimen. Kann man dich vielleicht auf die Frage herunterhandeln, wie das gegenwärtige Akkumulationsregime enden wird?

So kann man fragen. Trotzdem möchte ich die, wie ich finde, weitere und größere Dimension des Problems betonen. Der Begriff „Akkumulationsregime" meint, dass etwas verändert wird: eine Währungsordnung, Arbeitsbeziehungen, institutionelle Arrangements. Kapitalismus ist aber mehr. Er ist eine Lebensform. Ebenfalls gilt, dass es seit den Zeiten von Adam Smith, als die Verbindung von Kapitalwirtschaft und moderner Wissenschaft in Gang gekommen war, eine enorme Zahl von riesigen Kriegen gegeben hat, vor allem natürlich die beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Was haben diese Kriege mit dem Kapitalismus zu tun? Im Anschluss an sie bot sich jeweils eine Gelegenheit, den Kapitalismus neu zu organisieren, die internationalen Handelsbeziehungen, das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital. In den nach 1918 durch das Versailler System eingerichteten Nationalstaaten wurden neue Organisationsformen für den Kapitalismus gefunden, einschließlich solcher, in denen die Unzufriedenheit mit der kapitalistischen Produktionsweise durch Sozialpolitik, Währungspolitik und andere staatliche Instrumente in Grenzen gehalten werden konnte oder doch sollte.

Dazu gehörte der Aufstieg des Arbeitsrechts nach dem Ersten Weltkrieg.

Ja, der Aufstieg des Arbeitsrechts und der Abschied vom Goldstandard, der nicht mehr durchzuhalten war. Dann kam die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten, eine Zeit lang sogar weltweit, die erst im Zweiten Weltkrieg völlig überwunden wurde. In den USA wurde für zwei, drei Jahrzehnte der New Deal zur Grundlage eines die Arbeiterschaft einschließenden neuen Sozialvertrags, und der amerikanische Staat stieg zu weltweiter Vorherrschaft auf.

Was man daraus lernt? Übergänge dieser Art und Größenordnung sind erwartbar, aber in ihren konkreten Ausprägungen nicht vorhersehbar. Sie folgen einer Logik, die in dem bestehenden Zustand vorherrscht, aber die Ereignisse, die sie auslösen und diese Logik neu fassen, kann man nicht kennen. Deshalb ist es so schwer, sich vorzustellen, wie der Kapitalismus enden und was nach ihm kommen wird, auch wenn man weiß, es wird mit ihm nicht ewig so weitergehen. Wenn man ernsthaft über solche Fragen reden will, darf man deshalb nicht von fertigen Nachfolgemodellen ausgehen. Man muss über die komplizierten, multikausalen, teils logischen, teils kontingenten und sehr gefährlichen Prozesse sprechen, die eine Epoche beenden – ob im oder des Kapitalismus, das stellt sich dann hinterher heraus.

Da könnte auch etwas wirklich Autoritäres herauskommen.

Ja, aber nicht notwendig, siehe Sozialstaat, New Deal und die Demokratisierung des Kapitalismus nach 1945, freilich auch seine Entdemokratisierung ein paar Jahrzehnte später im Zuge der sogenannten Globalisierung. Man kann verallgemeinernd sagen, dass jede kapitalistische Wirtschaftsordnung sich jederzeit im Umbruch befindet. Es braucht aber Zeit, bis man sagen kann, was für ein Umbruch genau, weil der Prozess weder gradlinig noch widerspruchsfrei verläuft.

Du machst das jetzt seit sechzig Jahren. Der Gegenwind für Aufklärer ist heute im Jahr 2026 eher stärker geworden. Gibt es etwas, von dem du sagen würdest: Das ist der innere Antrieb, weshalb ich weitermache und immer noch Lust daran habe?

Ja, zum einen bildet man mit den Jahren ja einen Habitus aus. Aber natürlich ist auch die Neugier immer noch da. Wenn ich mir überlege, in welche Welt ich vor einem halben Jahrhundert hineingewachsen war und die ich dann zusammen mit Freunden wie Fritz Scharpf, Philippe Schmitter, Jelle Visser, Robert Boyer, Ronald Dore, Marino Regini, Colin Crouch und vielen anderen untersuchen durfte, und welche Welt ich heute sehe, dann sehe ich eigentlich unglaubliche Unterschiede. Und all das hat sich in meiner kurzen Lebenszeit abgespielt! Ich kann gar nicht aufhören, verstehen zu wollen, was da vorgegangen ist. Und was da weiter vorgeht.

⋆ ⋆ ⋆

Die Publikationen, auf die in den Fußnoten zu diesem Interview hingewiesen wird, sowie eine umfangreichere Auswahl wichtiger Aufsätze zu den Themen, die hier angesprochen wurden, sind auf der Website des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zum Download bereitgestellt.

www.mpifg.de/streeck